

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Max Risch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Habant, Magdeburg. Verlag von Hermann Gerbaum, Magdeburg. Druck von Frank Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1507. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8. Fernsprecher 981.   
 Abonnementpreis: Vierteljahr (inkl. Frachtkosten) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Der Fernband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 3.20 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Vierteljährlich. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Insektiongebühr: die eingeschaltete Postkarte 15 Pf. Post-Zustellungsfreie Karte 20 Pf.

Nr. 137.

Magdeburg, Dienstag den 14. Juni 1904.

15. Jahrgang.

## Saarabien vor Gericht.

(Eigener Bericht.)

Sechster Verhandlungstag. Vormittag.

Saarbrücken, 10. Juni.

Nebenkläger Hilger teilt mit, daß für Grubenwächter Alles, Fahrsteiger David, Geheimrat Hilger und Sekretär Stimpfel vom Minister die Genehmigung, auszusagen, eingetroffen sei.

Dr. Hausmann aus Bülkingen bekundet zunächst, daß die Vergleute Waldau und Altmeyer, die angeblich infolge der Wahl Unannehmlichkeiten gehabt haben und sich deshalb pensionieren ließen, pensioniert worden sind wegen andauernder Krankheit.

Der Steinhauer Speicher aus Bülkingen bekundet: Wir haben die betreffenden Leute gesagt, sie hätten leichte Vertrauensposten infolge der Wahl verloren und hätten sich deshalb pensionieren lassen. 1895 ist den Vergleuten der Besuch einer Wirtschaft bei Strafe der Mafregulung verboten worden. Eine Beschwerde bei dem Geheimrat Hilger war erfolglos.

Hilger: Wird zugegeben.

Speicher: Der Bergmann Blum soll für die Spionage in meiner Wirtschaft 20 Mark vom Geheimrat Hilger erhalten haben.

Hilger: Ich stelle fest, daß nach den Akten die Mutter des Blum um jene Zeit 50 Mark Unterstützung bekommen hat. Ferner sind die Vergleute vor dem Besuch der Speicherschen Wirtschaft gewarnt worden, ein ausdrückliches Verbot ist nicht erlassen. In dem Vokal lag u. a. der „Wahre Jacob“ auf.

Speicher: „Der wahre Jacob“ lag nicht auf, wie überhaupt keine sozialdemokratischen Zeitungen, wenn durch jemand, wie Herr Hilger behauptet, „der wahre Jacob“ in das Lokal gebracht worden ist, so ohne meine Kenntnis. Ein meist aus Vergleuten bestehender Unterstützungsverein hat mein Lokal verlassen, wie die Vorstandsmitglieder sagten, weil sie nicht in meiner Wirtschaft verkehren dürften. Die Leute, die in der Versammlung rieten, in meinem Lokal zu bleiben, sind zur Strafe zur Arbeit an die Bahn kommandiert worden, wo sie bedeutend weniger verdienten als sonst (2,50 bis 3,50 Mk.) und sie mußten bis 42 Schichten im Monat machen. Erst nachdem ich meine Stellung als Gemeinderatsmitglied freiwillig niedergelegt hatte, besserte sich der Besuch meiner Wirtschaft wieder langsam.

Bergmann Sey aus Hangar bekundet: Ich habe beobachtet, wie Steiger Dörre den Bergmann Weiß mit den Wägen verfolgte, so daß ihm ein Umtauschen des Stimmzettels unbeobachtet nicht möglich war. Ob Weiß infolge dieser Beobachtung anders gewählt hat, als er wollte, ist mir nicht bekannt.

Fahrsteiger David 2 aus Dudweiler bekundet: Obersteiger Schröder sagte mir im Dezember 1901: „Als ich hörte, daß Sie hierher versetzt wurden, habe ich gefragt, warum man mir denn einen so willkürlichen Zentrumsmann beschickte.“ Im Januar 1902 machte ich dem Inspektor Höb von dieser Bemerkung des Schröder Mitteilung. Höb sagte mir: „Sie können ja in nächster Zeit zeigen, daß Sie waschecht sind. Bei den eigenartigen Verhältnissen im Saargebiet haben nur diejenigen Beamten Aussicht, vorwärts zu kommen, die waschecht sind.“ Auf meine Bemerkung, ich hätte zu meiner vorgelegten Behörde das Vertrauen, daß sie nicht nach der politischen Gesinnung allein urteilen würde, sagte Höb: „Das ist nun aber einmal so.“ Bei Gelegenheit eines Kommerzes sagte mir der Inspektor Bissenhoff: David, wissen Sie, daß man Sie deshalb knuten könnte. (Wegen der politischen Gesinnung.)

Auf näheres Befragen gibt Zeuge zu, an Geheimrat Hilger einen Brief geschrieben zu haben, daß er aufgehört habe, Zentrumsmann zu sein und jetzt nationalliberal sei. Er habe getan, weil er es nach den Äußerungen Bissenhoffs für besser gehalten habe. Schmerzen habe es ihm allerdings gemacht, als er nationalliberal wählte.

Berginspektor Höb bekundet: David bellagte sich bei mir, daß er politisch falsch beurteilt würde und darauf ist meinerseits die Wendung von „waschecht“ gefallen. Auf die Worte, daß nur die vorwärts kämen, die waschecht seien, kann ich mich nicht besinnen.

Bergrat Bissenhoff: Bei einer gefelligen Feier gab David seiner politischen Gesinnung Ausdruck und ich schnitt diese Erklärung ab. Am folgenden Tage bin ich auf die Angelegenheit noch einmal zurückgekommen, habe aber kein Gewicht darauf gelegt, wie daraus hervorgeht, daß ich, als David sein Fahrsteigerexamen machen wollte, ihn unterstützt habe.

David bleibt dabei, daß Bissenhoff ihn abends gesagt: Dafür könne man ihn knuten.

Materialienverwalter Scherer hat das Ende des betreffenden Gesprächs gehört, weiß aber nichts von der Äußerung betreffs Knuten.

Bergmann Schaake aus Ebersberg bekundet: 1901 am Tage nach der Reichstagswahl fragte mich mein Fahrsteiger: Was haben Sie denn gestern bei der Wahl gemacht? Ich antwortete, ich hätte gut gewählt. Er sagte dann weiter, wir sollten uns doch nicht gängeln lassen von den Weißleuten, sonst sollen diese mal sehen, was Ihr am Sonntag für Geld mit nach Hause bringt. Einige Monate später wurde ich verlegt an schlechtere Arbeit.

Nebenkläger Hilger erklärt, daß diese Verlegung erfolgt sei, weil Zeuge nicht vorschrittsmäßig gearbeitet habe.

Bergwerksdirektionssekretär Stimpfel bekundet: Ich war seinerzeit in einem Komitee, das eine Petition für Ausdehnung des

Militärpensionsgesetzes auf die Zivilbeamten vorbereiten sollte, Herr Hilger ließ mich kommen und sagte, er verspreche sich keinen Vorteil von der Petition. Ich gewann den Eindruck, daß Herr Hilger die Beteiligung nicht gern sehe und aus Dankbarkeit handelte ich dementsprechend. Auf meine Frage, ob es Herrn Hilger angenehm sei, wenn die andern Beamten von seiner Anschauung informiert würden, erfolgte Befragung und ich habe dann den Herren entsprechende Mitteilung gemacht. Einer der Herren hat sich trotzdem weiter beteiligt, es ist ihm aber nichts geschehen.

Hilger hat die von Heine überreichten Dohnezettel prüfen lassen, vermag aber nicht anzugeben, warum die betr. Döhne so niedrig waren. In seinem Verhältnis zum zivilischen Gewerksverein bemerkt er: Es wurde seinerzeit geflüstert, daß Gerächt verbreitet, daß es die Verwaltung gern sähe oder nichts dagegen habe, wenn die Versammlung besucht oder die Mitgliedschaft des Vereins erworben würde. Daraus ist bekanntgegeben, daß dies falsch sei, daß die Verwaltung nicht den Wunsch habe, die Vergleute möchten dem Gewerksverein beitreten. Warnung oder Verbot ist nicht erlassen.

Angell. Krämer teilt mit, daß die Steiger nach der Bekanntmachung sagten: „Nun wisse ja jeder, was er zu tun habe.“

Hilger: Dazu habe ich keinen Auftrag gegeben.

Kaufmann Simon, Fabrikbesitzer Wg. Wopelius (Vorstand der Hauptstelle für Scharfmacheri. D. B.), Kaufmann Groß, Kaufmann Biesenbrud, Schreinermeister Burger bekunden, daß sie Unregelmäßigkeiten bei der Wahl nicht bemerkt, eine Beobachtung für ausgeschlossen halten. Die Lebensverhältnisse der Vergleute sind gute, die „Bergmannsdamen“ tun es in den letzten Jahren nicht mehr ohne weiße Handschuhe am Sonntag.

Pfarrer Dr. Röyer-Sulzbach wird gefragt, ob er von der Kanzel erklärt habe, die Katholiken, die nicht Zentrum gewählt, müßten das mit ihrem Gewissen abmachen. Er bestritt, „nationalliberal“ gesagt zu haben, er habe nur von denen gesprochen, die der katholischen Kirche ihre Grundrechte nehmen wollten.

Heine erklärt, er habe an seinen Feststellungen absolut kein Interesse, Angeklagter habe nichts geschrieben, wozu diese Feststellungen nötig seien.

Schlosshausmeister Bremer bekundet, bei dem Gespräch mit dem Gendarm Walliczek habe er nicht gesagt: Wenn Dreger Schmidt'sches Bier hätte usw., sondern nur ausgesprochen, wenn D. Schmidt'sches Bier hätte, würde er kein Geschäft machen, da dasselbe in der Kantine 3 Pf. billiger verkauft würde. Der Name des Bergrats Wiggert sei überhaupt nicht genannt, sondern in späterer Unterredung in anderem Zusammenhang.

Walliczek bleibt bei seinen Behauptungen, Bremer habe gesagt, der Chef wolle nicht haben, daß D. verkaufe, weil er nicht Schmidt'sches Bier habe. (Der Chef ist Bergrat Wiggert.)

Letzterer kann nicht auf sein Zeugnisabgabe erscheinen, da telegraphisch gemeldet ist, er sei verreist.

Sechster Verhandlungstag. Nachmittag.

Saarbrücken, 10. Juni.

Der frühere Steiger Pauli aus Sulzbach bekundet: Mir ist 1898 von dem Obersteiger Jakob der Befehl geworden, im Wahllokalaufzupassen, ob und wen die Vergleute wählten. Es sei der bezügliche Befehl von der Inspektion gekommen.

Der Staatsanwalt beanstandet die weitere Vernehmung, da Zeuge als früherer Beamter nicht das Recht habe, über die Vorgänge, wenn es sich um einen amtlichen Befehl handle, auszusagen ohne Genehmigung der früheren Dienstbehörde (§53 Str.-P.-D.). Nebenkläger Hilger gibt auf die Frage des Vorsitzenden, ob er etwas dazu zu sagen habe, keine Erklärung ab.

Das Gericht beschließt: Die weitere Vernehmung Paulis darüber, ob ihm von der vorgelegten Behörde Auftrag geworden ist, die Vergleute bei der Wahl zu beobachten, wird für unzulässig erklärt, solange die Genehmigung nicht beigebracht ist. Das Gericht hat keine Veranlassung, die Genehmigung einzuholen, da es den fraglichen Punkt für unerheblich erachtet.

Heine: Hat Zeuge beobachtet, daß die Vergleute von Beamten kontrolliert wurden, wie sie wählten oder hat er selbst solche Beobachtungen angestellt? Zeuge darf über diesen Punkt aussagen, da er nicht Dienstgeheimnis ist.

Zeuge: Ich beobachtete, ob die Leute einen Zentrumszettel oder einen nationalliberalen Zettel nahmen und ging ihnen dann nach, um zu sehen, ob sie den Zettel nicht vertauschten. Ich tat das besonders bei solchen Leuten, die zentrumsverdrängend waren und machte mir davon entsprechende Notizen.

Staatsanwalt: Wurde bei einzelnen Wählern, daß er beobachtet wurde?

Zeuge: Ei ja, ganz sicher.

Die Anwälte des Nebenklägers stellen fest, daß Zeuge infolge eines Disziplinarverfahrens entlassen ist, weil er verdächtig war, ein Verhältnis mit einer Frau zu haben.

Für den Grubenwächter Alles ist Genehmigung zur Aussage vorhanden. Er sagt aus: Ich weiß mich nicht zu erinnern, daß Herr Waurat Krämer mich zwischen der Haupt- und Stichwahl aufgefordert hat, bei der Stichwahl liberal zu wählen.

Heine: Sind Sie in den letzten Tagen von ihrem Vorgesetzten in dieser Sache vernommen worden?

Zeuge: Nein, nein, überhaupt nicht, kein Mensch hat mich ausgefragt.

Waurat Krämer aus Bonn: Ich habe den Alles zum Bureau kommen lassen, weil eine Beschwerde vorlag, daß Alles andre Arbeiter belästigt hätte, indem er ihnen Zentrumszettel anbot. Was ich im einzelnen gesagt habe, weiß ich nicht mehr. Ich weiß aber bestimmt, daß ich ihn nicht aufgefordert habe, liberal zu stimmen.

Heine: Hat Alles denn die Leute bedroht oder so etwas? Krämer: Bedroht nicht, aber belästigt, indem er zum Betteln gehen zu redete.

Heine: Haben Sie dann auch mal einen Bergmann vernommen, der Zentrumsleuten zuwider nationalliberale Zettel zu nehmen?

Krämer: Ich geif nur ein, wenn eine Beschwerde vorlag; eine solche Beschwerde ist mir aber nicht vorgekommen. (Hellerkeit.)

Zeuge Steiger Pauli aus Wiebelskirchen soll über Beobachtungen bei der Wahl in B. vernommen werden, er verzichtet sich hinter das Dienstgeheimnis.

Heine: Es handelt sich hier um kein Dienstgeheimnis, sondern darum, ob Sie bei der Wahl beobachtet worden sind, beobachtet haben, wie die Leute wählten.

Zeuge: Solange ich keine Genehmigung habe, kann ich darüber nichts aussagen. Nach längerer Rede und Gegenseite zwischen Vorsitzendem, Verteidiger und Nebenkläger sagt Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern.

Auf erneute präzisierende Frage, ob Beobachtungen durch andre Beamte oder ihn gemacht worden seien, antwortet er wieder: Darüber überdacht ich wohl nicht aussagen. Schließlich sagte er: Nein, man konnte nicht sehen, wie die Leute wählten.

Heine: Sind Sie bei Ihrer Ankunft im Gerichtsgebäude nicht von zwei Beamten auf dem Flur in Empfang genommen worden; hat man Sie nicht in ein besonderes Zimmer geleitet und dort mit Ihnen über die Sache gesprochen?

Zeuge: Ich habe mich bloß bei einem Vorgesetzten gemeldet.

Gendarm Wieser bekundet: Am vergangenen Sonntag hat in Altentwail eine Glasmacherberufsammlung stattgefunden, in der außer dem Referenten ein Arbeiter sprach und sagte: Die Vergleute müßten die Hälfte verdienen, dann würden sie wohl in die Organisation gehen.

Staatsanwalt: Er meinte, daß die Unzufriedenheit der Arbeiter wünschenswert wäre, um sie in die Verbände zu bekommen?

Zeuge: Jawohl.

Hilfssteiger Piß soll bekunden, ob er nicht von der Bergverwaltung beauftragt gewesen sei, in eine auf den 27. März d. J. anberaumte Bergarbeiterberufsammlung zu gehen. Er sagt: Ich traf auf einem Spaziergang einen Kollegen und bin auf dessen Einladung mitgegangen zum dem Versammlungsort. Die Versammlung fand aber nicht statt.

Heine: Der Wagen soll von der Grube gestellt worden sein.

Zeuge: Das weiß ich nicht.

Bergmann Weich, auf dessen Vernehmung die Verteidigung, nicht aber der Nebenkläger verzichtet, ist nicht von Wahlkontrolle.

Bergmann Schmidt-Neunkirchen bekundet, daß Bergmann Lang vom Steiger Gusemann geschlagen worden sei.

Bergmann Lang bestätigt, daß Gusemann ihm mit dem Meterstock (Kästiger Stock, den die Steiger tragen) „ein paar übergezogen“ habe. Es wäre nicht so schlimm gewesen. (Hellerkeit.)

Heine fragt, ob der Saarbrücker Knappschaftsverein beteiligt sei an der Petition, die Abschaffung der geheimen Wahl bei den Wahlen fordere.

Hilger erklärt, soviel er wisse, sei dieselbe nur von den kleineren Knappschaftsvereinen ausgegangen, der Verein für die fiskalischen Gruben sei, wenn er nicht irre, nicht beteiligt.

Die vom Staatsanwalt beantragte Verlesung einer Anzahl Artikel aus der Dasaachpresse wird durch Gerichtsbeschluß abgelehnt, da dem Gericht die Haltung dieser Presse aus eigener Anschauung bekannt sei.

Der Vertreter des Nebenklägers sagt, die Aussage Paulis, die Inspektion habe die Kontrolle bei der Wahl angeordnet, könnten sie nicht unwidersprochen hingehen lassen, weshalb sie den Bergrat Krämer zu morgen früh laden würden.

Heine: Ich teile mit, daß ich dann auch für Pauli die Genehmigung zur vollen Aussage haben möchte. (Zum Vertreter des Nebenklägers): Wollen Sie das mit besorgen, Herr Kollege? R.-A. Erler: Ich möchte nicht in Ihre Befugnisse hineingreifen, Herr Kollege.

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr. Morgen Vormittag Vernehmung einiger Zeugen, dann beginnen die Plaidoyers.

Das Urteil.

Ob. Sauerbrücken, 18. Juni. (Fig. Draht.) Nach einstägiger Verhandlung wurde heute in dem Prozeß gegen den Bergmann Krüger das Urteil gesprochen. Krüger erhielt 3 Monate Gefängnis. Außerdem hat er die Kosten des Prozesses zu tragen.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 18. Juni 1904.

Geständnisse eines Agrariers.

Der Reichstag hatte am Sonnabend Wahlsprüfungen und Petitionen auf seiner Tagesordnung. Ueber die Wahlsprüfungen kam er sehr schnell hinweg. Abgesehen von der Wahl des Reichsparteilers Dirksen in Kottbus, die von der Tagesordnung abgesetzt wurde, beschloß man fast durchweg debattelos nach den Anträgen der Kommission.

Von den Petitionen entfiel nur eine über Aenderungen des Fleischbeschaugesetzes eine lebhaftere Diskussion. Der nationalliberale Agrarier Geld, der sich als Vertreter der Viehzuchtinteressenten schloß, machte im Eifer für diese einen besonderen Vorteil herauszuschlagen, recht niedliche Geständnisse. Zunächst bestätigte er unser zu Drogen Mäßen in den Hölledebatten wiederholtes Argument, daß drei Millionen deutscher Kleinbauern an höheren Gebührensleistungen keinerlei Interesse hätten. Dann gab er zu, daß die Agrarier beim Fleischbeschaugesetz im wesentlichen den Zweck verfolgt hätten, die Landwirtschaft zu schützen; er war so argümentiert, uns noch einen Vorwurf daraus zu machen, daß wir bei diesem Gesetz, das auch nach den heuchlerischen Äußerungen der Agrarier nur die Volksgesundheit hatte schützen sollen, wirklich nur für diese gesorgt hätten.

Genosse Schmidt Fischer (Sachsen) nahm namens unserer Fraktion diese Geständnisse einer schönen Seele mit Dank entgegen. Die Rechte und das Zentrum ärgerten sich und Herr Erberger suchte seinen Zentger an unserm Genossen Schippel auszulassen. Er las mit der schönen Stimme, die ihn zum angenehmsten Redner des Reichstags macht, aus Schippels Artikeln in der Chemnitzer „Volkstimme“ vor, um diesen als Schwurhelfer für die sozialpolitische Haltung des Zentrums zu gewinnen. Aber Genosse Thiele konnte ihm leicht nachweisen, daß, wie abweichend auch die Auffassungen Schippels von der seiner meisten Fraktionsgenossen sind, sie jedenfalls mit denen der deutschen Agrarier aus den Reihen der Konservativen und des Zentrums nicht das geringste gemein haben. Das mußte am Schluß auch Herr Erberger zugeben. Schließlich kam es über diese Petitionen so wenig zu einer Entscheidung wie über die anderen wichtigeren, die auf der Tagesordnung standen.

Da das Haus beschlußunfähig war, konnte die Einberufung die Drohung, auszuhäuten zu lassen, leicht erreichen, daß sie von der Tagesordnung abgesetzt wurden.

Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Petitionen war das Haus schon um 4 Uhr mit seiner Tagesordnung zu Ende. Die nächste Sitzung findet erst Dienstag um 2 Uhr statt. Unter anderem stehen die Kolonialbahnen auf der Tagesordnung.

Konzentration des Baukapitals.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen der Gesetzentwurf über die Erhöhung des Grundkapitals der Seehandlung in erster Lesung beraten und der Budgetkommission überwiesen. Nach dem Verlauf der Debatte besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit der Regierungsvorlage, die das jetzt 40 Millionen Mark betragende Grundkapital der Seehandlung um 60 Millionen, also auf 100 Millionen Mark erhöhen will, im wesentlichen zustimmen wird.

Alle Parteien sprachen ihre grundsätzliche Geneigtheit, die Vorlage anzunehmen, aus, nur die beiden freisinnigen Parteien bildeten die Opposition. Für die Freisinnige Volkspartei sprach der Abg. Richter. Er bekämpfte die Vorlage hauptsächlich deshalb, weil er die Konkurrenz, die die Seehandlung den Privatbanken und Bankiers macht, für unbillig hält und weil er diese Konkurrenz durch Erhöhung des Kapitals nicht noch vergrößern helfen will. Der Abg. Richter wies auch darauf hin, daß die Seehandlung tatsächlich schon öfter der Reichsbank Ungelegenheiten und Schwierigkeiten in ihrer Deskontpolitik gemacht hat, er hätte schließlich verfassungsrechtliche Bedenken, da die Tätigkeit der Seehandlung in ungründlichem Maße der Kontrolle des Landtags unterliegt und immerhin die Gefahr vorliegt, daß einmal mit dem Kapital der Seehandlung Mißbrauch insofern getrieben werden kann, als es zu Zwecken gebraucht wird, die vom Landtag nicht bewilligt worden sind, z. B. bei der Vergebung von Anleihen usw.

Der Finanzminister begründete die Notwendigkeit der Kapitalerhöhung mit der immer mehr überhandnehmenden Verschmelzung der Großbanken. Er erhofft von der Erhöhung des Kapitals einen stabileren Kurs für die Staatspapiere, eine Ansicht, die vom Abg. Richter als durchaus falsch bezeichnet wurde, da der Rückgang der Staatspapierpreise lediglich eine Folge der letzten Börsengesetzgebung ist. Auch an der Meinung der Seehandlung übte Richter Kritik, da die Präsidentenstellen bisher als Lohn für politische Verdienste verliehen worden sind. Herr Richter hatte dabei offenbar den früheren Präsidenten, den Abg. Fein v. Hedlitz im Auge, der sich ganz in seine Nähe gesetzt hatte, um recht genau zu hören. Herr v. Hedlitz ist von der Vorlage natürlich begeistert, er möchte am liebsten Erhöhung des Kapitals auf 150 Millionen Mark. Aber auch Zentrum, Konservative und Nationalliberale wollen dem staatlichen Bankinspektat die Entwicklungsmöglichkeit nicht vorenthalten, während der freisinnige Abg. Brömel sich im großen und ganzen auf den Richterischen Standpunkt stellte. Die Vorlage wird voraussichtlich noch vor der Sommerpause zur Beratung gelangen.

Schließlich wurden noch die Berichte zur Kenntnis genommen, welche Kommissare des Handelsministers über Reisen nach England, Oesterreich, Baden, Hessen, Württemberg und die Schweiz zum Studium der in diesen Ländern zur Förderung des Handwerks und Kleingewerbes getroffenen Maßnahmen gemacht haben. Die Berichterstatter waren des Lobes voll über die Berichte und die in ihnen enthaltenen Anregungen über die Ausgestaltung des Fortbildungsunterrichts. In der Debatte wurde allseitig ein Fortfahren auf dem betretenen Wege für wünschenswert erklärt. Der Minister ließ durch einen Kommissar mitteilen, daß in diesem Jahre Studienreisen in Amerika, im nächsten Jahre solche nach Frankreich und den Niederlanden unternommen werden sollen, was allseitig mit Beifall begrüßt wurde.

Keiner der Abgeordneten dachte daran, daß die Kapitalerhöhung der Seehandlung das ihre dazu beiträgt, um handwerksmäßige Betriebe zu vernichten — mit und ohne Studienreisen.

Nationalliberal!

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei war gestern in Berlin versammelt und nahm zum Schulgesetzentwurf nach sechsständiger Debatte folgende Resolution an:

Der Zentralvorstand erkennt an, daß der im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachte Schulentwurf sich im Einklang befindet mit derjenigen Stellungnahme, welche die nationalliberale Landtagsfraktion in Preußen in den Jahren 1892 1896 und noch 1903, ohne Widerspruch in der Partei zu finden, in der Schulfrage eingenommen hat. Er spricht die durch alle Erklärungen der Landtagsfraktion gerechtfertigte Erwartung aus, daß sie bei Ausgestaltung des Gesetzesbestrebt sein wird, der Simultanschule eine rechtliche Stellung zu verschaffen, die nicht nur die gesetzlich und tatsächlich bestehenden Simultanschulen unverändert aufrecht erhält, sondern auch die Weiterentwicklung dieses Schulsystems auf der Linie seiner grundsätzlichen Gleichberechtigung möglich macht.

Ungefähr um dieselbe Zeit beschloßen die ebenfalls nationalliberalen Vertreter jungliberaler Vereine Badens in Offenburg folgende Resolution:

Der Landesverband badischer Jungliberalen ist der Ansicht, daß die Einrichtung der Simultanschule in ganz Deutschland eine der wichtigsten Aufgaben der liberalen Parteien ist. Er mißbilligt daher die Haltung der preussischen nationalliberalen Landtagsfraktion, welche sich für die gesetzliche Festlegung der Konfessionsschule ausgesprochen hat und hält die vorgebrachten Gründe nicht für überzeugend. Der Landesverband faßt diese Resolution, weil er glaubt, berechtigt zu sein, in einer Frage, welche die Grundsätze der Gesamtpartei berührt, Stellung zu nehmen und weil er eine Mitwirkung der Entwicklung in Preußen auf die Verhältnisse der kleineren Bundesstaaten bestrachtet.

Ein größerer Widerspruch im Urteil über eine Frage der praktischen Politik läßt sich nicht gut denken. Aber die nationalliberale Partei umfaßt „liberal“ alle Meinungen und Prinzipien — mit Vorliebe die der liberalen!

Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Zur Ausrüstung der deutschen Truppen für Südwestafrika wird dem „Hann. Cour.“ berichtet, daß alle ausfalligen Rangabzeichen der Offiziere und Unteroffiziere zum Abnehmen eingerichtet sind und im Felde nicht getragen werden dürfen, um bei den scharfen Augen der Herero jedes Erkennungsmerkmal verschwinden zu lassen. Die Offiziere müssen jetzt auf Befehl Patronengürtel und Seitengewehr der Mannschaften tragen, so daß jeder Unterschieß, der bisher so viel unverhältnismäßig hohe Opfer kostete, berart, daß er die Truppen, wie an dem Unglückstag bei Dwikolorero, nahezu führerlos machte, fortan fortfällt. Bestehen bleiben als Abzeichen für Offiziere die silbernen Kolarden am Schlapphut und das Portepée am Patronengürtel. — Wenn die Augen der Hereros nun so scharf sind, daß sie auch diese letzten Abzeichen noch erkennen — werden dann auch diese fallen? Und wenn diese Gleichmacherei für den Krieg gelten soll, wird sie auch bald für die Friedenszeiten eingeführt werden?

Aus Deutsch-Südwestafrika berichtet die Scherl-Presse: Die Nordabteilung Jülow hat am 29. Mai Diawi erreicht und fährt auf Djenga zu auf. Die Station Coblentz ist von Volkmann wegen Wassermangels und Krankheit aufgegeben. Häuptling Nchale soll den Posten Kamatoni zerstört und den Herero viel Munition verkauft haben. Die 8. Kompanie, noch unberitten in Otahandja, soll Verpflegungsnachschub decken. — Eine neue Entsendung von 1000 Mann nach Südwestafrika soll, wie dem „Frank. Kur.“ zufolge in Berlin gerücheltweise verlautet, vorbereitet werden.

Frankreich.

Die Besetzungs-Angelegenheit der Karthäuser bildet das Hauptgesprächsthema in Paris. „Lanterne“ glaubt, daß die Persönlichkeit des Vermittlers, deren Namen vom Kabinettschef Combes abgelehnt ist, welcher sich mit Finanzgeschäften befaßt und dessen Name in der Panama-Affäre häufig genannt worden ist. Man nimmt an, daß er mit den Karthäusern in Beziehungen gestanden und für dieselben Bankgeschäfte abgewickelt hat.

Delegierte der Mehrheitsgruppen der Kammer hielten eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, die Abgeordneten der Mehrheitspartei zu veranlassen, sich bei der nächsten Dienstag stattfindenden Wahl der Mitglieder des Ausschusses für die Untersuchung der Karthäuser-Angelegenheit vollständig einzufinden.

Amerika.

Infolge der Herabsetzung der Zwischenbedarfspreise über den Atlantischen Ozean hat die Einwanderung dergeachtet zugenommen, daß die Arbeit der Einwanderungsbehörden sich nahezu verdoppelt hat. Durch die niedrigen Fahrpreise sind Einwandererelemente herbeigezogen, welche den Behörden als unerwünscht gelten. Infolgedessen ist nahezu die Hälfte der in den letzten Tagen aus Europa eingetroffenen Zwischenbedarfsreisenden angehalten worden, bis nähere Erhebungen über ihre Verhältnisse angeestellt sind. Wahrscheinlich dürften viele derselben nach den Einreisungsstellen zurückgeschickt werden.

Der russisch-japanische Krieg.

London, 12. Juni. Aus Tokio wird gemeldet, daß man täglich den Fall Port Arthur erwartet. General Oku sei nach der Welt am Montag das Bombardement fort und hat die äußeren Festungswerke und die Uferung — Höhen eingenommen. Kuraki bringt nach Norden vor, die Russen weichen zurück. Liaojang ist bereits geräumt, das Hauptquartier nach Muiden verlegt. Die Japaner stehen in unmittelbarer Nähe von Liaojang. Ferner wird ein großes Treffen südlich von Raiping gemeldet, in dem beide Teile sich den Sieg zuschreiben.

Paris, 12. Juni. Der Londoner Korrespondent des „Matin“, der mit der Londoner japanischen Gesandtschaft befreundet ist, berichtet, daß auf der japanischen Gesandtschaft eine optimistische Auffassung der Lage herrsche. Man sei dort auf Grund bestimmter Nachrichten überzeugt, daß die Einnahme von Port Arthur in kürzester Zeit erfolgen werde, und man erwarte auch die Nachricht von einem japanischen Siege über Kuzupatkin bei Liaojang. Man glaube sogar, daß Kuzupatkin gefangen genommen werden könnte, da die Japaner alle Vorkehrungen getroffen hätten, um ihm die Rückzugslinie nach Norden abzuschneiden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 18. Juni 1904.

Proportionalwahl beim Gewerbegericht. Der Ausschuss, der die Vorlage über Aenderungen des Ortsstatuts für das Gewerbegericht zu beraten hatte, nahm einige Aenderungen an der Vorlage vor. So soll die Frist zur Verbevollständigung der Listen von zwei auf drei Wochen ausgedehnt und nicht nur der Polizeibehörde, sondern auch den Arbeitgebern das Recht gewährt werden, Wahllegitimationen auszustellen. Ein Antrag unserer Genossen, die Wahlen am Sonntag stattfinden zu lassen, wurde mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt; gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag von derselben Seite, der die Einführung des Systems gebundener Listen, an denen keine Streichungen vorgenommen werden dürfen, verlangte. Das Prinzip der Proportionalwahl wurde akzeptiert. Dagegen stimmten nur unsere Genossen.

Aufgehobene Sperre. Auf dem Neubau des Maurermeisters Schmilinski Nachf., Inhaber Kaufs, an der Königsbrücke, wurde heute morgen die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem der Arbeiter Lubanow am Sonnabend aufgehört hatte und die dort beschäftigten Maurer und Bauarbeiter wieder eingestellt worden waren, soweit sie nicht anderweitig Beschäftigung gefunden hatten. Diese Angelegenheit ist hiermit erledigt. Auffällig ist es, daß die Polizei sofort auf dem Plan erschien, als die Arbeit niedergelegt worden war. Vorher hatte sich dort nie ein Schutzmännchen aufgehalten, obgleich er manchmal nötiger gewesen wäre. Vielleicht wäre es dann nicht vorgekommen, daß einem Arbeiter das Fahrrad aus der Baubude gestohlen wurde, wie es geschehen ist. Wenn der Kriminalschutzmännchen, der heute morgen so eifrig seinen Beobachtungsposten einnahm, schon früher dagestanden hätte, wäre es ihm vielleicht gelungen, im Fahrradmarbler einen Fang zu machen. Heute früh war dieses ausgeschlossen.

Stb- und Gasarbeiter. Die Differenzen der Firma Schulz u. Co. (Magistratsstraße) sind durch Bewilligung der Forderungen der Arbeiter beigelegt worden.

Von der Feuerweh. Am Sonntag vormittag 11 Uhr entstand in Budau im Hause Feldstraße 62 ein Zimmerbrand, der von der Wache Budau gelöscht wurde. — Um 1 Uhr mittags rückte ein Kommando der Hauptwache nach dem Grundstück Halberstädterstraße 56, wo nur eine Rauchansammlung konstatiert wurde.

Der erste Preis beim gestrigen 75 Kilometer-Rennen im Betrag von 1200 Mark und einer goldenen Medaille ist an den verunglückten Dangla zur Auszahlung gelangt, da nach Ansicht des Rettungsausschusses der Franzose das Rennen tödlicher gewonnen hätte. Die Ansicht vieler, daß eine Wiederholung des Rennens stattzufinden hätte, wird dadurch hinfällig. Das zur Verlosung gekommene Goldene Rad fiel auf die Nummer 485.

Letzte Nachrichten.

Bd. Berlin, 18. Juni. Im Weethovenaal fand gestern die Begrüßungsfeier zu Ehren der Delegierten des internationalen Frauentongresses statt, der sich ein Festmahl für 2000 Personen anschloß. Von offiziellen Persönlichkeiten war u. a. Oberbürgermeister Kirchner erschienen.

Elberfeld, 12. Juni. Die Angestellten der Schwerebahn streiken seit heute. Infolge der Streik gaben Lohn Differenzen. Die dadurch herbeigeführte Verkehrsstockung ist um so größer, als zum heutigen rheinischen Feuerwehrtag Zehntausende von Fremden anwesend sind.

N. Y. New-York, 13. Juni. Wie aus Colorado gemeldet wird, brachte Militär hundert Streiter an die Grenze von Kansas in eine wüste Prärie, wo sie ihrem Schicksal überlassen wurden.

Gb. Frankfurt a. M., 18. Juni. (Fig. Draht.) In bergangener Nacht fand hier eine Schlägerei statt, wobei einer der Beteiligten, ein Arbeiter Höfener in den Main gemorfen wurde. Er erlitt. Als der Tat verdächtig wurde der Schlosser Scheibel verhaftet.

Hamburg, 13. Juni. Der Rennfahrer Gein h stürzte im Stundenrennen infolge Rahmenbruchs seines Motors; er selbst blieb zwar unverletzt, doch erlitt von den Zuschauern eine Frau einen Weinbruch und ein Knabe einen Schädelbruch.

Aus dem Geschäftsverkehr.

(Unter dieser Rubrik kostet die Seite 60 Pf.)

Zur Wundsein, Wundliegen Wundlaufen

(Wolff) bediene man sich der Kosmetika Hausnasalen (Retorten-Marke), Crème, Recept: Nafalan 50, Lanolin 15, Zinkweiß 20, Paraffin 15, à 50 und 100 Pf. und des Nafalan-Toilette-Streupulvers (Retorten-Marke) — Fettwunder — à 50 Pf. (Bestandteile: Nafalan 10,0, Magnesia 20, Talk 35, Stärke 27, Borax 3, Zinkweiß 5, Parfüm 0,5.) Nur echt und rein mit Retorten-Marke. Packungen ohne diese weisse man zurück! Erhältlich in Apotheken, resp. Drogerien, Parfümerien.

Sommersprossen

Bildern, Mittelser und Hautreinigungsmittel dagegen ist Obermeyers Herba Seife. Stück 50 Pf. u. 1 Mt. à 1/2 in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

## Deutscher Reichstag.

(96. Sitzung.)

Berlin, 11. Juni 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Die Abg. Wassermann (natl.) und Blumenthal (D. Sp.) sind ins Haus eingetreten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abg. Dr. Stockmann (Rp.), v. Oldenburg (B. v. L.), v. Malgouy (konf.), Wenz (konf.), Wommisen (Freis. Wg.), Meier-Jobst (Freis. Wg.), Horn (natl.) und Potthoff (Freis. Wg.) werden debattelos für gültig erklärt.

Erhebungen werden beschlossen über die Wahlen der Abg. Volk-Saarbrücken (natl.), Korfanty (Pole) und Fuchs-Zelzer (Str.).

Die Wahl des Abg. v. Dirksen (Rp.), die die Kommission für gültig zu erklären beantragt, wird auf Antrag des Abg. Geyer (Soz.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Wahl des Abg. Eichhoff (Freis. Wg.) wird zu erneuter Prüfung an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgen

### Petitionen.

zunächst eine der Darmhändler, Darmimporteure und Wursthändler. Die Kommission beantragt sie sowohl die Veränderungen des Fleischbeschaugesetzes und Befreiung der eingeführten Därme von der Kontrolle fordern, als Material zu überweisen, soweit sie Aufhebung des Fleischbeschaugesetzes und Erleichterung der Einfuhr frischen Fleisches, insbesondere von Leber und frischen Därmen fordert, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Held (natl.) wendet sich gegen jede Milderung des Einfuhrverbots. Das deutsche Vieh sei durchweg gesund. Im verheulenen Ausland werde die Fleischschau liebevoll gehandhabt. 3 Millionen kleiner deutscher Landwirte hätten an den Getreidezöllen keinerlei Interesse. (Beif. Zustimmung und Lachen v. d. Soz.) Viele Bauern haben nur deswegen für die Sozialdemokraten gestimmt, weil sie gegen hohe Kornzölle waren. Aber das Vieh müssen wir schützen und deshalb hat es nicht beunruhigt, daß im Zolltarif nicht vor allem Minimalzölle für das Vieh eingesetzt worden sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Strömbeck (Str.) erklärt Geheimrat Wumm, daß die Regierung auf die Beschau der Därme nicht verzichten könne, da diese schließlich doch in einzelnen Fällen als Nahrungsmittel dienen.

Abg. Edmund Fischer-Sachsen (Soz.): Das Argument, das wir gegenüber dem Zolltarif angeführt haben, daß die große Masse der kleinen Bauern von den Kornzöllen keinerlei Vorteil hat, hat uns jetzt ein agrarisches Mitglied der nationalliberalen Partei als richtig befähigt.

Herr Held hat heute auch zugegeben, daß das Fleischbeschaugesetz nicht im Interesse der Konsumenten, sondern im Interesse der agrarischen Produzenten gemacht worden ist. Er hat uns gleichsam einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir die Gesundheit des Volkes in die vorbeste Linie gestellt haben. Wir begrüßen diese wertvollen Zugeständnisse mit Freuden. (Bravo! v. d. Soz.)

Abg. v. Stauby (konf.): Auch ich habe mich über die Rede des Herrn Held geäußert, weil ich aus ihr erinnehre, daß er gegen die Handelsverträge stimmen wird, die nicht genügend hohe Viehzölle enthalten. Im übrigen beantrage ich jetzt, über die ganzen Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Erzberger (Str.) schließt sich dem Abg. v. Stauby an. Herr Fischer hat gefordert, daß auch die Hausfleischungen beaufsichtigt werden sollten. Wo sollen dann aber die vielen Fleischbeschauer herkommen? Seine Befehle über die Schädlichkeit der Getreidezölle

mag er nur an seinen Parteigenossen Schippel richten, dessen Anteil in der Chemnitzer „Volksstimme“ uns sehr viel Freude bereiten. (Seiterkeit rechts und im Centrum.) Schippel beweist, daß Getreidezölle notwendig sind, um zu Handelsverträgen zu gelangen, und wie Schippel denken Calwer und andre. Auf den einen Ast der Viehzucht kann sich die deutsche Landwirtschaft unmöglich legen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Wg.) polemisiert gegen den Vorredner. Auch die deutschen Viehzüchter hätten alles Interesse an dem erhöhten Wurstzoll und an der Verbilligung der ausländischen Därme. In der gedächerten, gelochten und gelochten Wursthaut hat noch niemand einen Tuberkelnoten entdeckt. (Seiterkeit.)

Abg. Graf Oriola (natl.) erklärt sich für den Antrag v. Stauby und verteidigt den Abgeordneten Held gegen die Angriffe des Abgeordneten Fischer.

Geheimrat Wumm: Man kann keinen Unterschied nach der Zweckbestimmung des Fleisches machen, wenn es sich um die Kontrolle bearbeiteten Fleisches handelt. Bei den Därmen handelt es sich um solche, die in Säulnis übergegangen sind oder von gefallenen Tieren stammen. Uebrigens ist die Darmeinfuhr in den letzten Jahren gestiegen.

Abg. Thiele (Soz.): Es ist gar nicht die Rede davon, daß mein Freund Schippel Bülle à tout prix gebilligt hat. Er hat sie vielmehr von Voraussetzungen und Möglichkeiten abhängig gemacht, die für Deutschland nicht zutreffen.

Abg. Fischer-Sachsen (Soz.): Herr Held hat ausdrücklich gesagt, wir wollen keine Getreidezölle, das haben wir schon bei den Bollbesätzen gesagt und Herr Held hat uns jetzt nur bestätigt, daß wir damals in der Tat die Interessen der deutschen Viehzucht vertreten haben und daß von den Zöllen nur die Großgrundbesitzer Nutzen ziehen. (Bravo! v. d. Soz.)

Abg. Erzberger (Str.): Ich denke gar nicht daran, dem armen Kollegen Schippel, der schon soviel Angriffe zu ertragen hat, seine Stellung noch zu erschweren. Im Gegenteil, ich bewundere seinen Mut, dem Herrn Abgeordneten Wibel so viel unangenehme Wahrheiten zu sagen. (Abg. Wibel: Wir hätten ihn ja aufgefordert!) Konsequenterweise muß nach den Äußerungen der Chemnitzer „Volksstimme“ Herr Schippel zu Getreidezöllen kommen, aber vielleicht macht er einen sozialdemokratisch prinzipientreuen Seitenprung. Zahllose ausländische Sozialdemokraten, unter anderem der alte Grewlich, den ich persönlich kenne, haben sich für höhere Getreidezölle ausgesprochen. Herr Fischer meinte, was in Sachsen bei der Fleischschau möglich sei, müsse auch anderswo gehen. In Sachsen sind 20 sozialdemokratische Abgeordnete möglich, anderswo nicht. (Große Seiterkeit. Abg. Hilbrand [Soz.]: Awwarten!) Nun, wenn ich warte, dann behält Abgeordneter Pauli recht, dann fliegen Sie noch alle raus. (Seiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Wg.): Nachdem die Mehrheit jetzt über die ganze Petition zur Tagesordnung übergehen will, muß ich Absehung von der Tagesordnung beantragen.

Für diesen Antrag stimmen die Sozialdemokraten und Freisinnigen. Unter großer Seiterkeit des Hauses konstatiert Vizepräsident Graf Stolberg: Das ist die Mehrheit.

Persönlich bemerkt Abg. Erzberger (Str.): Ich stelle gegenüber dem Herrn Abg. Erzberger fest, daß auch er nicht mehr behauptet, daß Schippel auf dem Standpunkt des deutschen Zolltarifs steht. Im übrigen habe ich kein Hehl daraus gemacht, daß ich in zollpolitischen Fragen den Standpunkt Schippels nicht teile.

Weitere Petitionen betr. Einführung des Befähigungsnachweises für das Handwerk, betr. Unterdrückung schlechter Literaturerzeugnisse und betr. Abänderung § 175 Str.-G.-B. werden auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Wg.) bzw. des Abg. Graf Pompsch (Str.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (3. Beratung der Rängfolgefrage, 2. Beratung der Kolonialbahnen, Antrag Gröber betr. Veränderung des Militärstrafgesetzbuchs, 3. Beratung des Gesetzes betr. Kaufmannsgerichte.) Schluß 4 Uhr.

## Treu und Glauben.

In der Beilage zur vorigen Nummer haben wir über ein Urteil des Chemnitzer Gewerbegerichts unter der Stichmarke: Scharfmachergeist im Gewerbegericht, berichtet. Von unserm sächsischen Bl.-Korrespondenten geht uns nun noch eine Kritik dieses Urteils zu, die wir, da die Sache wichtig ist, hier noch zum Abdruck bringen. Unser Berichterstatter schreibt:

Ein sächsisches Gewerbegericht, das zu Chemnitz, hat die gewerbliche Rechtsprechung um einen neuen Gesichtspunkt bereichert. Es hat einen Maurer mit seiner Klage auf Entschädigung wegen vorzeitiger Entlassung mit einer Begründung abgewiesen, die, wenn sie vorbildlich werden sollte in der deutschen Rechtsprechung, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts unter Umständen zu einer sehr kostspieligen Sache machen würde.

Der Streitgegenstand des Prozesses ist von geringer Bedeutung. Der Maurer, der im Arbeitsverhältnis ohne Kündigung stand, forderte den Lohn für einen Tag, gestützt auf die Spruchpraxis des Gerichts, daß auch bei Kündigungsaußschluß mitten in der Arbeitszeit kein geeigneter Zeitpunkt zur Entlassung ist, weil dadurch der Arbeiter an der Ausnutzung seiner Arbeitskraft gehindert wird. Der Mann war entlassen worden, weil er in den Pausen für den Bauunternehmer agitiert hatte; er war, wie der verklagte Bauunternehmer sagte, ein „Wühlhler“. Sine demals es aber den Unternehmern nichts angeht, was der Arbeiter in seiner freien Zeit tut und da der § 152 der R.-Gew.-O. das Koalitionsrecht gewährleistet, so hätte also nach der Ansicht gewöhnlicher Sterblicher das Gericht den Bauunternehmer zur Zahlung verurteilen müssen.

Indes, der Vorsitzende des Gerichts, der Gewerbeichter Schwankung, fand ohne Zutun des Beklagten einen Grund, den Kläger abzuweisen. Er warf plötzlich in der Verhandlung die Frage auf, ob sich die plötzliche Entlassung näher rechtfertigen lasse aus dem Gesichtspunkt, daß der Kläger durch sein Verhalten (durch das Agitieren für die Organisation in seiner freien Zeit) gegen Treu und Glauben verstoßen habe. Ganz sicher war Herr Schwankung allerdings in der Sache nicht. Er zog es daher vor, die Verhandlung zu vertagen. Bis zur nächsten Sitzung aber hatte er sich genügend informiert und gefunden, daß seine Vermutung begründet sei. Und er hat mit seiner scharfsinnigen Deduktion bei den Gewerbegerichtsbeisitzern — wir nehmen vorläufig an, nicht bei allen — Anklang gefunden. Der Maurer wurde mit seiner Klage abgewiesen, weil er Treu und Glauben verletzt habe, indem er auf dem Werkplatz des Beklagten eine agitatorische Tätigkeit für die Organisation entfaltet zu einer Zeit, da durch einen Streit, der in Aussicht stehe, die Arbeitsbedingungen ver-

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Der Kraft-Mayr.

Ein humoristischer Musikanten-Roman.

Dem Andenken Franz Liszts gewidmet von Ernst v. Wolzogen (93. Fortsetzung.)

Die kleine Gesellschaft schloß sich flüsternd zusammen und folgte ihm fast auf dem Fuße. Florian hatte scharfe Ohren. Er vernahm ganz deutlich, wie Przewalsky ganz laut zu seinen drei Damen sagte: „Ist doch eine kolossale Unverschämtheit von dieser Wadacs, ganz sans facon ihren Liebhaber mitzubringen in eine solche vornehme Gesellschaft!“

Florian drehte sich auf dem Absatz herum und mit wenigen großen Schritten stand er dicht vor dem erschrocken rückwärts strebenden Antonin, packte ihn mit festem Griff bei beiden Nacken und beutelte ihn gelinde hin und her. „Was hast g'sagt, Wump, elendiglicher?“ zischte er ihm leise an. „Wegen dem, was d' über mich für gemeine Dingen aufbrachst hast, kriegst scho sicher noch deine Prügel — willst jetzt noch eine anständige Dame beleidigen, insamer Lapp du?“

Es waren bereits nicht wenige Herrschaften in den Musiksaal zurückgekehrt. Die unerhörte Szene konnte natürlich nicht unbemerkt bleiben. Mehrere jüngere Herren stürzten herzu, um Tülligkeiten zu verhindern, und suchten den wild gewordenen Florian von seinem Opfer loszumachen. Auch zahlreiche Damen, unter ihnen Nonka Wadacs, strömten neugierig herzu, um den aufregenden Vorfall wenigstens von weitem zu beobachten.

Die Gräfin Lodenburg war empört. So etwas war in ihren Salons noch niemals vorgefallen. Sie wandte sich an einen jungen Offizier, der ihr just in den Wurf kam, und ersuchte ihn, dafür zu sorgen, „daß dieser Herr“ sofort den Weg aus ihrem Hause fände.

Der junge Gardeleutnant faßte Floria unter dem Arm und flüsterte ihm zu: „Kommen Sie, mein Herr, wir können ja die Angelegenheit draußen erledigen.“

„Ja, versetzt schon — komm schon,“ versetzte Florian, indem er mit einem letzten leichten Stoß den zitternden Antonin fahren ließ und willig dem jungen Offizier folgte. Nach ein paar Schritten wandte er sich aber nochmals um und rief ganz laut über alle Köpfe hinweg: „Ach, Fräulein Burmeister, sein E' so freundlich und geben E' doch Ihrem Herrn Vater gleich das bewußte Papier. Der Herr Konsul ist vielleicht so freundlich und liebt's den Herrschaften vor.“ Er hatte noch die Genußnahme zu sehen, wie die gehorsame Thella

sich weillte, seinem Wunsche nachzukommen. Dann folgte er dem energischen Drucke des Gardeoffiziers und bewegte sich der Ausgangstür zu.

Dort holte ihn Fräulein Nonka ein und beehrte aufgeregt zu wissen, was vorgefallen sei.

„Nix Besonderes,“ versetzte Florian ruhig, „ich hab' dem Lumpen, dem Przewalsky, a bißl d' Wahrheit gesagt, weil er behauptet hat, ich wär' Ihr Schatz und Sie hätten die Frechheit gehabt, mich hierher mitzubringen. Frau Gräfin laßt mich soeben hinauswerfen.“

„Sei! Was is doß, terentete!“ rief die Wadacs mit zernunfelnden Augen. „Warten Sie lieber Fräulein, geh' ich auch hinaus — das heißt, komm' ich gleich nach, wann ich werde vorgepielt hoben Rhapsodie. Erwarten Sie mich im Restaurant Krzywanek!“ Und fort war sie.

Der Konsul Burmeister nahm neugierig das Papier aus Thellas Hand entgegen, faltete es auseinander und las es mit erstauntem Kopfschütteln still für sich durch. Frau Olga war natürlich höchst begierig, den Inhalt kennen zu lernen, aber der Konsul war nicht dazu zu bewegen, ihr das Papier zu überlassen. Erst als sie wieder daheim und Thella zu Bett geschickt worden war, eröffnete er der Gattin seinen festen Willen, den Herrn Antonin Przewalsky nicht mehr in seinem Hause verkehren zu lassen. Herr Mayr sei nur ein Grobian und ein jugendlicher Brausekopf, den edlen Völen aber halte er für einen recht jämmerlichen Charakter und außerdem für einen gefährlichen Vurschen.

Bis Mitternacht saß Florian Mayr bei Krzywanek mit seinem gerechten Groll allein beim Pilsener Bier. Das Fräulein Nonka kam nicht. Sie hatte allerdings, ihrem Versprechen gemäß, die Soiree der Gräfin Fisi verlassen, sobald sie ihre Rhapsodie gespielt — aber nicht allein, sondern in Gesellschaft der jugendlichen Durchlaucht, als welche die Lokalitäten des Herrn Dressel denen des Herrn Krzywanek vorgezogen hatte.

### Achtes Kapitel.

#### Die Prüfung.

Wie alljährlich zu Beginn des Bonnemonds, so traf auch heuer wieder der Altmeister Franz Liszt pünktlich in seiner Sommerresidenz Weimar ein, und das vielsprachige Gezwitscher der bunt zusammengewürfelten Schar von Zugvögeln, die mit ihm zwischen Rom und Weimar, mit gelegentlichen Abstechern nach Budapest, hin- und herzufliegen pflegte, fiel auch diesmal wieder mit dem üblichen Lärm in die liebliche Musenstadt ein. Die berühmte Zeitung „Deutschland“, als welche den „letzten Salomonen“

Annoncen der weimariischen Wirte ihr wohlgenährtes Dasein verdankt, hatte, wie üblich, am Vorabend der Ankunft Liszts einem schwingvollen Begrüßungsgebidicht Raum gegeben, unterzeichnet mit den Buchstaben: A. W. G., welche der weimariische Volkswitz als „altes Weimerisches Gärtchen“ zu deuten pflegte, obwohl jedermann wußte, daß es die Initialen des trefflichen Herrn Stadtorganisten waren. Und schon am nächsten Morgen, an dem die Sonne programmäßig lachte, zeigten die Straßen der Residenz die charakteristische Veränderung, welche die Lisztifaison hervorzubringen pflegte. Gruppenweise schlenderten Schüler und Schülerinnen, wohnungstüchtig und den Neulingen die Ehrenwürdigkeiten zeigend, umher. Schmachtgäugige Mädchen, vom jugendlichen Weißblond bis zum semitischen Weinschwarz abgegliedert, trugen steinhüte und festliche Gewänder zur Schau; bleiche Jünglinge mit unheimlich langen knöchigen Fingern, fast alle bartlos und bemüht, dem Meister möglichst ähnlich zu sehen, hielten schlottrige Kameradschaft mit den Damen und forderten das Staunen der Philister durch allerlei kleine Seltsamkeiten der Kleidung, besonders aber durch auffallendes Benehmen heraus. Fast alle trugen sie goldene Schammingen mit dem Brustbild Liszts als Brustmadeln. Einer, der als Berliner Jude emulart war, sobald er nur den Mund aufthat, spielte sich vermittels eines Fez mit abnorm tief herabbaumelnder Troddel als Türke auf; ein anderer schmierte in einem ungeheuer langen und ganz schliefenden Bratenrock einher, um womöglich für einen Abhee gehalten zu werden; ein dritter hatte sich aus Italien einen fürchterlich karierten hellen Flanellanzug mitgebracht, zu dem er eine rotseidene Leibbinde trug, welche die kleinen Bürgermädchen Weimars in nicht geringe Aufregung versetzte. Je zwei von diesen Galgöttern schleppten gewöhnlich eine Nymphe unter dem Arm mit sich — sie lockten durch Pfeifen meist Wagnerischer Motive ihre Kameraden und Kamerabinnen in den Häusern ans Fenster und führten laute Unterhaltungen mit ihnen, auch über die Gasse, wenn es so paßte. Und mittags wurde es erst gar lebendig in den pianistischen Gärten der Restaurants, in welchen die verschiedenen Tafelrunden sich aufstauten. Das lachte, schwatzte, sang und grüßte durcheinander in einem tollen Sprachgewirr, in dem aber doch Deutsch, Französisch und Russisch die tonangebenden Jungen waren. Gerade, wie wenn die Schwärmer heimgekehrt sind und mit ohrenbetäubendem Gezwitscher in die alten Nester einfallen oder neue zu bauen beginnen.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Gärten = überflüssig viel schwätzen.

bessert werden sollten, also ein Zwangsmittel gegen die Unternehmer angewendet werden sollte, das der Verband in die Hand nehme.

Das ist die neueste, glänzende Leistung sächsischer Justiz. Sie eröffnet wahrhaft großartige Aussichten für die Unternehmerricht. Da die Organisation der Arbeiter sozusagen eine feste Drohung mit dem Streik, dem letzten Mittel im Rohrkampf ist, so stellt, wenn man die Deduktion des Chemnitzer Gewerbegerichts konsequent zu Ende denkt, nicht bloß das Agitieren für die Organisation, sondern auch schon die Zugehörigkeit zu einer solchen Einrichtung einen Verstöß gegen Treu und Glauben dar, so können also auch Arbeiter mit längerer Kündigungsfrist jederzeit plötzlich entlassen werden, ohne Anspruch auf Entschädigung zu haben, wenn sie organisiert sind.

Eine wahrhaft geniale Entdeckung, die wohl nur auf sächsischem Boden gemacht werden konnte.

Und doch gilt für Sachsen auch der § 152 der St.-Gew.-O., der die Strafverbote gegen die Arbeiterkoalitionen aufhebt.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 13. Juni 1904.

### Reichstagsfraktion und Krankenkassenfragen.

Von den Mitgliedern der Leipziger Ortskrankenkasse ging in diesen Tagen dem Reichstag eine von circa 70 000 Unterschriften bedeckte Petition zu, in der protestiert wurde gegen die Vergewaltigung des Selbstverwaltungsrechts der Krankenkassen durch die Leipziger Kreis-Hauptmannschaft. Diese Petition hätte dann anlässlich einer Interpellation der sozialdemokratischen Partei über die Angriffe auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen in Köln, Solingen, Leipzig und andern Orten im Reichstag zur Sprache gebracht werden sollen. Vorbereitet wurde die Besprechung schon seit längerer Zeit und die Fraktion hatte einen Ausschuss gewählt, der alles Material über diese Frage sichten und verwendungsfähig machen sollte. Nun auf einmal wird aber mitgeteilt, daß es vorläufig nichts mit der Besprechung wird. Im „Vorwärts“ lesen wir:

„Bei näherer Prüfung der Angelegenheit stellte sich heraus, daß man die Debatte nicht auf die Artfrage beschränken dürfe, da zahllose andre, zum Teil noch schlimmere Eingriffe in die Selbstverwaltung erfolgt sind. Die Fälle, die aus den Verordnungen hervorgegangen sind, eignen sich jetzt noch nicht zur Besprechung im Reichstage, zumal das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und möglicherweise noch Remedur durch Entscheidung der höchsten Verwaltungsgerichte geschaffen wird. Unsere Gesonnen kamen zu der Ansicht, daß augenblicklich durch eine Interpellation im Reichstage an den Verlauf der schwebenden Streitigkeiten zwischen Ärzten und Aufsichtsbehörden mit den Krankenkassen nichts geändert wird.“

Wenn wir über die Materie diskutieren, dann dürfen wir uns nicht auf einzelne Mängel des Gesetzes beschränken, sondern wir müssen eine grundsätzliche Reform des Gesetzes fordern, welche die Krankenkassenstellung dahin gebracht wird, daß sie ihren angeblichen Zweck erfüllt und das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten in jeder Richtung sichergestellt wird.

Da nun der feste Entschluß bei der Regierung und der Mehrheit des Reichstags besteht, den Reichstag vor dem 18. Juni zu vertagen, so waren unsere Genossen gezwungen, auch die Debatte über diese Frage bis zum Herbst zu verschieben. Bis dahin werden wahrscheinlich die endgültigen Erkenntnisse über die schwebenden Fragen vorliegen. Nach eingehender Debatte sah die Fraktion den Beschluß: in dem jetzigen Abschnitt der Session von der Einbringung einer Interpellation betreffend die Artfrage Abstand zu nehmen und im Herbst die ganze Krankenkassenfrage zur Debatte zu bringen. Dann wird auch die Artfrage gründlicher, als dies jetzt möglich wäre, erörtert werden können, da alsdann voraussichtlich auch die von der Regierung versprochene Zusammenstellung der Kontrakte, welche die Krankenkassen mit den Ärzten geschlossen haben, vorliegen wird.“

Wenn die Fraktion einfach erklärt hätte, bis zum 18. Juni soll der Reichstag vertagt werden und es bleibt daher keine Zeit mehr, um die Krankenkassenfrage so gründlich zu besprechen, wie sie es verdient, wäre nicht viel gegen einen solchen Beschluß einzuwenden. Alle andern Erklärungsgründe für das Verhalten der Fraktion erscheinen uns aber durchaus nicht überzeugend. Weder die Rücksicht auf schwebende Prozesse im Verwaltungsstreitverfahren, noch der Umstand, daß die Regierung im Herbst die Kontrakte zwischen Ärzten und Krankenkassen vorlegen kann, ist Grund genug, um deshalb die Erörterung einer solchen wichtigen Angelegenheit hinauszuverschieben, bis die Erregung in der Arbeitermassen über das Vorgehen der Behörden vermindert und jede agitatorische Ausnutzung der Reichstagsverhandlungen unmöglich geworden ist. Wir haben für den Geist kugelnden Diplomaten, der aus dem Fraktionsbeschluß spricht, kein Verständnis.

### Bürgerlicher Rechtsstaat und bürokratischer Polizeistaat.

In Deutschland wie in Frankreich bilden jetzt zwei Korruptionsaffären das Gespräch des Tages. In Frankreich ist der Versuch gemacht worden, die republikanische Regierung zugunsten einer frommen Schnapsfabrik mit zwei Millionen zu bestechen. Der Versuch ist mißlungen. Nach einer Weile des Stillstehens — dieses Schweigen ist der einzige Vorwurf, den man nach den bisher bekannt gewordenen Umständen der Regierung machen kann — hat der Ministerpräsident Cambes die Sache in der Kammer zur Sprache gebracht; eine parlamentarische Untersuchungskommission ist eingesetzt worden, und die französische Presse hat sich in ihrer freiwilligen Erörterung der Angelegenheit nicht weniger Schranken eingeeignet.

In Deutschland hat ein Postbankier dem Oberhofmeister der Kaiserin veruntreute Postgelder in unbestimmter Höhe zu nicht sicher festgestellten Zwecken eingehändigt. Das Gericht hat erklärt, die Sache nicht weiter verfolgen zu wollen („für uns ist dieser Punkt erledigt“), und die deutsche Presse sieht sich aus gesetzlichen Gründen außer Stande, auch nur andeutungsweise die Kommentare wiederzugeben, die diese dunkle Angelegenheit in der auswärtigen Presse gefunden hat.

Als wir neulich schrieben, der Unterschied zwischen der französischen Republik und der deutschen Monarchie sei eigentlich nur der, daß man dort die Panama-Affäre enthielt, hier aber sie vertuscht, konnten wir nicht ahnen, wie rasch ein günstiger Zufall neue Beweise für diese Behauptung erbringen würde. Und wenn man noch einige Hoffnung haben darf, daß die neueste Skandalaffäre Preußen-Deutschlands als Ausnahme die Regel bestätigen könnte, so nur darum, weil das zufällige Zusammentreffen allzu deutlich die Unterschiede der Staatsform — dort ihre Vorzüge, hier ihre Fehler — enthüllt.

Der Postbankandal ist zu ungeheuerlich, und, was die Hauptsache ist, es sind zu viele kleine und mittlere Kapitalisten über ihn aufgebracht, als daß es an bürgerlichen Stimmen fehlen könnte, die volle Aufklärung fordern. Die „Tägliche Rundschau“ wünscht, daß die Sache im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht würde. Dazu sei um so mehr Anlaß vorhanden, als dem Minister v. Pöbelski in der Öffentlichkeit über die Rückzahlungspflicht Auffassungen zugesprochen worden seien, die unangenehm für die der gesamten Staatsregierung sein könnten. Die „Vossische Zeitung“ hält es für sicher, daß die Sache auf der Tribüne des Reichstags und des Abgeordnetenhauses zur Sprache gebracht wird, und zwar nicht einmal, sondern fortwährend, bis die notwendige Aufklärung erfolgt.

Das ist sehr schön gesagt, aber man weiß, daß beide Parlamente unmittelbar vor der Vertagung stehen, die von der Regierung unter solchen Umständen gewiß eher beschleunigt als verzögert werden wird.

Würde freilich die französische Regierung unter gleichen Umständen die Kammer schließen wollen — ein für Frankreich kaum denkbarer Skandal — so würde sich die ganze Öffentlichkeit gegen sie erheben, und sie hätte damit auch ihre Rolle ausgespielt. In Deutschland aber darf man sich ungefährdet auf die Taktik des Totschweigens und Verschleißen einlassen. . . . Es wird Gras darüber wachsen!

Ja warum nicht? Ueber wie vieles ist in Deutschland nicht schon Gras gewachsen? Was verkriecht sich hier nicht alles hinter das Hofgeheimnis, das Amtsgeheimnis, das Kabinettsgeheimnis? Und wie oft stellt sich, wenn die sozialdemokratische Presse in ein Wespennest hineingreift, die gesamte bürgerliche Jugend auf die Seite der Korruption? Ja! dürfte man annehmen, die bürgerliche Presse schrie diesmal nur darum so laut nach voller Aufklärung, weil sie weiß oder zu wissen glaubt, daß diese Aufklärung in der preussisch-deutschen Monarchie ganz gewiß nicht gegeben wird und nicht gegeben werden darf!

## Gewerkschaftsbewegung.

**Beilegung des Konflikts in der Metall-Spielwaren-Industrie.** Nach dem „Frankfurter Kurier“ ist zwischen den Vereinigten Metall-Spielwaren-Industriellen und der Lohnkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Nürnberg in einer gemeinsamen Verhandlung eine Einigung im Lohnstreit erzielt. Demgemäß findet die in der Arbeiterversammlung am Sonnabend beschlossene Arbeits Einstellung am nächsten Montag nicht statt.

**g. Die abgebliebenen Hirschen.** Die Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsorganisation hatte in Nürnberg den Versuch gemacht, die durch das Bemühen des Deutschen Metallarbeiterverbandes im mittelfränkischen Silberschlägergewerbe zustande gekommene Tarifgemeinschaft zu durchbrechen, und dazu einen Fall benützt, mit dem die Gewerkschaftsagitatoren schon seit Monaten haufieren gehen, um daran zu zeigen, wie unerhörten Terrorismus die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften auf Andersdenkende ausüben. In dem Tarifvertrag ist auch bestimmt, daß bei den tariftreuen Unternehmern nur Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschäftigt werden dürfen. Als nun der Silberschlägermeister Wöhner in Schwabach den Silberschläger Feß, der früher Mitglied des Metallarbeiterverbandes war, aber schon vor Jahren wegen Streikbruchs ausgeschlossen wurde und nun bei den Hirschen Unterschlupf gefunden hat, einstellte, wurde er von dem Mitglied des Tarifamts, dem Silberschläger Müller in Nürnberg, darauf aufmerksam gemacht, daß diese Einstellung gegen die Tarifbestimmungen verstoße, worauf Feß wieder entlassen wurde. Auf Verreiben der Gewerkschaften verklagte nun Feß den Müller und den Reichzeugmacher Kögner, der Müller zu seinem Vorgehen angestiftet haben soll, auf Entschädigung. Die beiden sollten ihm solange eine wöchentliche Rente zahlen, bis er wieder eine Anstellung als Silberschläger in Schwabach gefunden habe. Am letzten Sonnabend wurde das Urteil gesprochen. Die Klage wurde in allen Punkten abgewiesen, weil es sich nur um Erfüllung einer vertragsmäßigen Verpflichtung handelt und der Vertrag nicht gegen die guten Sitten verstößt, wie der Kläger geltend gemacht hatte.

**Neue gewerkschaftliche Nachrichten.** Die Tabakarbeiterinnen in Reckum, 100 an der Zahl, wurden entlassen, weil infolge des hohen eingeführten Einfuhrzolls von 3 Pence der Export nach England unmöglich ist. Dieser der spanischen Zollpolitik — die Gewerkschaften in Spanien werden schon wieder mit Massenentlassungen „beglückt“. Ursache: Arbeitslosigkeit in der Glacelebergerlei. — Die Bergarbeiter auf der Beutelsberg bei Siebenbrunn streiken, wodurch circa 160 Mann arbeitslos wurden. — Die „Union“ in Dortmund hat 200 Metallarbeiter geündigt wegen Arbeitsmangel. — In Wuppertal

beschlossen die Arbeiter von Benz u. Co., gegen Lohnkürzungen energisch zu verfahren. — Die Brauereiarbeiter in Hamburg haben Sonnabend den Schiedspruch des Einigungsamts (der erste in Hamburg!) akzeptiert — unter verschiedenen Bedingungen, nach deren Erfüllung der Boykott aufgehoben wird. — Die Maurer auf dem Neubau der Burjenschaft „Allmannia“ in Bonn streiken. Als Streikbrecher fungieren mehrere Mitglieder der Burjenschaft, also Studenten. (Wahrscheinlich haben sie das Maurern beim — Karrenspiel gelernt. . .) — Die Dachdecker in Mannheim sind in den Streik eingetreten, weil die Arbeitgeber weder 10 stündige Arbeitszeit noch 45 bis 60 Pfennig Stundenlohn bewilligten. — Die Saffararbeiter der englischen Kohlenimporteure in Hamburg haben das Einigungsamt vergeblich angesehen; die „Engländer“ wollen „Herz im Hause“ bleiben. Agenten suchen in ganz Deutschland Kaufbrecher. —

## 10. Generalversammlung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Berlin, 10. Juni 1904.

Fabian Magdeburg beantragt namens der Revisions-Kommission, daß die Aufstellung der Kassenabrechnung zwar einen Formfehler enthalte, daß die Kassenführung selbst aber in bester Ordnung und durchaus einwandfrei sei. Die Decharge wird hierauf erteilt.

Hierauf wird nach kurzer Diskussion ein Streikreglement angenommen. Dasselbe bestimmt unter andern: Beschäftigte Angriffsstreiks müssen 2 Monate vor ihrem Beginn dem Vorstand angezeigt werden. Bei der Genehmigung eines Streiks sind diejenigen Bewegungen zunächst zu berücksichtigen, welche in Provinzen und Orten stattfinden sollen, wo die Lohnverhältnisse am ungünstigsten sind, ferner solche, welche die Vertiefung der Arbeitszeit und die Einführung eines Stunden- oder Wochenlohns und die Abschaffung der Hausindustrie in Aussicht nehmen, endlich solche, welche die freie Lieferung der Furnituren zum Ziel haben. Nach der Genehmigung des Streiks haben die Beteiligten in geheimer Abstimmung zu beschließen, ob die Arbeit niedergelegt werden soll. Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie sonstige Differenzen, die zu Streiks führen können, sind dem Vorstand sofort nach Bekanntwerden mitzuteilen. Die Arbeitsniederlegung kann erfolgen, wenn sie in geheimer Abstimmung beschlossen wird und der Vertreter der Organisation seine Zustimmung gibt. Vor der Arbeitsniederlegung sollen nach Möglichkeit Verhandlungen zwischen beiden Parteien durch den Vertreter der Organisation veranlaßt werden. Vor Abbruch der Verhandlungen darf die Arbeit nicht niedergelegt werden. Bei Streiks, wo die Bestimmungen des Reglements erfüllt sind, erhalten die Mitglieder, welche wenigstens 18 Wochen dem Verein angehören, folgende Unterstufungen: Bei einer Mitgliedschaft von 3—12 Monaten in der 1. Klasse wöchentlich 4 Mark, in den anderen Klassen 7 Mark, bei einer Mitgliedschaft von über 12 Monaten in der 1. Klasse wöchentlich 6 Mark, in den anderen Klassen 12 Mark, außerdem werden für jedes Kind unter 14 Jahren wöchentlich 75 Pfg. gezahlt. Bei größeren Lohnkämpfen kann der Vorstand eine Extrastufe von 10 bis 60 Pfg. wöchentlich erheben.

Nunmehr folgt die Statutenberatung. Hierzu werden folgende bemerkenswerte Änderungen beschlossen: Der Verein führt den Namen Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Das Beitrittsgehalt wird für männliche Mitglieder von 80 auf 50 Pfg., für weibliche Mitglieder von 15 auf 30 Pfg. erhöht. Die Unterstützung in dringenden Nothfällen wird auch unbeschäftigten Mitgliedern gewährt, falls sie Angehörige zu unterstützen haben. Die sonstigen Statutenänderungen haben kein allgemeines Interesse. Nachdem noch ein Reichstags- sowie ein Betätigungsreglement angenommen war, wurde ein Antrag angenommen, welcher den Vorstand beauftragt, Erhebungen über die Bezahlung der Furnituren zu veranstalten. Ferner fand ein Antrag der sächsischen Konferenz Annahme, der sich im Prinzip gegen Ueberstunden und für Jannetaltung der 10stündigen Arbeitszeit erklärt. Anlässlich eines Antrags der Brandenburger Konferenz wurden zwei Delegierte, die demnächst an dem Verbandstag der Konsumvereine teilnehmen, beauftragt, dort in dem Sinne zu wirken, daß die Konsumvereine die von ihnen betriebenen Schuhwaren nur aus solchen Fabriken beziehen, welche die Forderungen der Arbeiter und deren Organisation anerkennen. Hiervon wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung erblickt in der Entwicklung der Konsumvereine eine im wirtschaftlichen Interesse der Arbeiter liegende Bewegung. Sie nimmt aber mit Bedauern Kenntnis von Mitteilungen der Delegierten, daß eine Anzahl Konsumvereine, die unter vollständiger Leitung von Arbeitern stehen, ihren Bedarf an Schuhwaren ohne jede Rücksicht von Unternehmern beziehen, welche ihren Arbeitern nicht nur die Zugehörigkeit zu ihrer Berufsorganisation verweigern, sondern ihnen auch die minimalsten berechtigten Arbeitsbedingungen nicht gewähren. Noch viel bedauerlicher ist die Tatsache, daß ein Teil der Konsumvereine Waren aus Zuchthäusern und Gefängnissen beziehen. Die Generalversammlung erachtet es nicht als die höchste Aufgabe der Konsumvereine, ihren Mitgliedern eine hohe Dividende herauszuwirtschaften, sondern die Arbeiterschaft in ihrer sozialpolitischen und wirtschaftlichen Lage zu stärken. Die Generalversammlung verpflichtet die Schuhmacher Deutschlands, in diesem Sinne zu wirken.“

Gewählt wurden als Delegierte zum internationalen Arbeiterkongress in Amsterdam der Verbandsredakteur Bod und der Vorsitzende Simon; zum deutschen Gewerkschaftskongress Boch-Gotha, Hamann-Berlin, Weise-Weissenfels, Schaumburg-Hamburg, Kölle-Nürnberg; als Ersatzmänner Bogial-Köln, Neubauer-München.

Angenommen wurde eine vom Vorstande beantragte Gehaltsliste. Dieselbe setzt für die besoldeten Vorstandsmitglieder und Gaubeamten ein Anfangsgehalt von 1800 Mark fest, steigend in den ersten 8 Jahren um je 100 Mark, dann um je 50 Mark jährlich bis zur Höhe von 2400 Mark. Das Gehalt der Hilfsarbeiter beginnt mit 1800 Mark und steigt jährlich um je 80 Mark bis zur Höhe von 2000 Mark.

In den Vorstand wurden einstimmig wiedergewählt: Simon als Vorsitzender, Neuf als Kassierer, Kölle als Sekretär. Ebenfalls einstimmig wurde Bod wieder mit dem Amt des Redakteurs betraut. Magdeburg wurde als Stk des Ausschusses und Haupt als dessen Vorsitzender bestimmt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Berichtigung. Zu dem Referat Simons über Agitation und Befähigung der Heimarbeit ist berichtet worden mitzutheilen, daß die Reichsstatistik etwa 2000 weibliche und etwa 24000 männliche Personen als mit Heimarbeit in der Schuhindustrie beschäftigt festgestellt hat und nicht 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen, wie irrtümlich berichtet.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13. Juni 1904.

— **Noch immer Sammlungen für Crimmitzschau?** Im Bericht eines hiesigen Blattes über eine Versammlung des Ortsvereins Budau der Hirsch-Dunderschen Fabrik- und Landarbeiter finden wir folgende, durch Sperrebrand herbeigehobene Stelle: „Die Versammlung sprach ihre Verwunderung darüber aus, daß für den längst beendeten Textilarbeiterstreik in Crimmitzschau noch immer von gewerkschaftlicher Seite aus Gelder gesammelt werden.“ Dazu bemerken wir, daß die Sammlungen für Crimmitzschau bereits im Januar dieses Jahres geschlossen wurden. Wenn in jener Versammlung das Gegenüber behauptet wurde, dann sind die Leute entweder einmütig

Schwindler in die Hände gefallen oder sie selbst als Schwindler in die Hände anderer gefallen. In beiden Fällen stellen sie sich als Gewerkschaftler ein gleich schlechtes Zeugnis aus.

**Aus dem Polizeibericht.** Festgenommen wurden: der Fleißende Mag. Sch. aus Breslau, der einen Betrag von 258 Mark unterschlagen hat, der Bote Alwin J. von hier wegen Unterschlagung von 82,50 Mark einlieferter Gelder und die vorbestrafte Dienstmagd Marie W. aus Desterreich, die ihrer Dienstherrschaft hier selbst Wäsche gestohlen hat. In der Nacht zum 7. d. M. ist von dem Hofe eines Grundstücks in der Höggerstraße ein mehrfach gestrichter Wagenplan mit der Firmenbezeichnung „Krimling u. Kroat“ im Gewicht von etwa 50 Kilogramm gestohlen worden. In der Nacht zum 2. d. M. ist der am Hause Höggerstraße 85 angebrachte, frisch gestrichene Drahtzaun mit einer unheimlichen Plünderung bedeckt worden, wodurch die hinter der Glascheibe befindliche Tafel mit den Angaben der Leerungszeiten unbrauchbar geworden ist und die Messing- und Bronzebleche mit Grünspan überzogen worden sind. Mittelungen, die zur Ermittlung des Täters dienen können, erbittet die Kriminalpolizei.

**Freigesprochen.** Aus Baltia (Korrika) wird gemeldet: Der Prozess gegen den des Mordes an Direktor Mayer aus Dangenberg angeklagten Karl Eduard Thie mann aus Magdeburg ist nach vierstündiger Verhandlung beendet worden. Direktor Mayer wurde seinerzeit in Haccio ermordet. Die gegen den Angeklagten erhobenen Anschuldigungen wurden durch den Gang der Verhandlungen so erschüttert widerlegt, daß seine Freisprechung erfolgen mußte. Seine Anwaltschaft trat so offenkundig entgegen, daß das freisprechende Urteil von der Menge, auf die der Angeklagte einen äußerst sympathischen Eindruck machte, mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen wurde. Selbst Neumann Mayer, der Sohn des Ermordeten, erklärte dem Angeklagten, daß er ihn für völlig unschuldig halte. Als der Freigesprochene das Gerichtsgebäude verließ, wurden ihm von der gahlreich anwesenden Menge lebhaftes Obsequium dargebracht.

**Drei Menschen beim Radrennen verunglückt.** Einen traurigen Abschluß nahm das gestrige Rad-Wettfahren auf dem Sportplatz an der Berliner Chaussee. Das Hauptfahren, ein 75 Kilometer-Rennen mit Motor-Schrittmachern, hatte bis ziemlich zum Schluß einen tadellosen Verlauf genommen. Ohne die geringste Störung waren in großartigstem Tempo, wobei besonders der Franzose Dangla, der ausgezeichnet geführt wurde, durch die von Anfang an eingehaltene Pace auffiel, circa 65 Kilometer abgefahren, als der Berliner Demke seinen Schrittmacher verlor. Vor dem letzten Kurve beim Eingang in die Hiegelstraße wollte sich der Erfahrene Demke mit seinem Motor von oben her vor dem Franzosen schieben, als mit furchtbarer Wucht der Franzose um dieselbe Kurve gedonnert kam und mit dem Demkeschen Fahrerführer Gernelmann zusammenfuhr. Ein Schrei aus tausenden von Rufen und drei Menschen wälzten sich mit ihren Maschinen in einem wirren Durcheinander auf dem Rasen. Während der Schrittmacher des Franzosen Dangla, Marias Thee, sich ohne Unterstützung in die Kabine begeben konnte, wurden Dangla und Gernelmann bewußlos aus der Bahn getragen. Mannschaften vom Roten Kreuz und einige anwesende Ärzte leisteten die erste Hilfe. Dangla, der zurzeit noch ohne Besinnung im altstädtischen Krankenhaus liegt, wurde mittels des Sanitätswagens dorthin geschafft, während die beiden andern per Krankenfordern dorthin befördert wurden. Natürlich stürmte das Publikum zu Tausenden in den inneren Ring und ließ das Rennen sofort abbrechen. Wie wir nachträglich erfahren, hat der Franzose Marias Thee das Krankenhaus bereits verlassen. Dangla hat eine Gehirnerschütterung, Knochenbruch und eine schwere Verletzung des Unterleibes davongetragen. Die Aufregung des Publikums hielt noch lange nach dem Vorkommnis an.

**Wolfs-Konzert.** Am Mittwoch, den 15. Juni d. J., abends 8 Uhr, findet ein Wolfs-Konzert des städtischen Orchesters im Fischerischen Konzerthaus, Leipzigerstraße 62, statt.

**Die Ausstellung des Kunst-Vereins** wurde gestern nachmittags 2 Uhr geschlossen. Damit hat die Ausstellungperiode 1903/04 ihr Ende erreicht. Die neue Ausstellungsperiode beginnt am 1. Oktober.

## Provinz und Umgebung.

### Wie ein „praktischer Landwirt“ Junkermoral verteidigt.

Im „Preisangeiger“ für Garbelegen veröffentlicht ein „praktischer Landwirt“ einen Artikel über die von den preussischen Junkern betriebene Rechtslosmachung der Landarbeiter. Seine Ausführungen sind zum Teil derart naiv und beweisen so sehr die soziale Rückständigkeit der ländlichen Eliten, daß wir ihnen schon die Ehre einer kritischen Erwähnung antun können. Der Herr schreibt u. a.:

„Die Ernte muß innerhalb eines bestimmten Zeitraums durchgeführt sein, wenn nicht der ganze Ertrag gefährdet sein oder wenn der landwirtschaftliche Betrieb nicht überhaupt ins Stocken kommen soll. In dieser Zeit ist der Besitzer vollständig auf seine Arbeiterschaft angewiesen und ihr förmlich willenlos ausgeliefert. Wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter das Vereinigungsrecht hätten, so könnte zweifellos alljährlich diese Periode der dringenden Erntearbeiten zu einer Periode der heftigsten und gefährlichsten Lohnkämpfe gestempelt werden.“

Diese Art, gruselig zu machen, haben die Wirte, Mantel, ufw. schon früher beliebt. Auch der „praktische Landwirt“ will nicht einsehen, daß er der „Kalamität“, den Arbeitern willenlos ausgeliefert zu sein, sehr wirksam dadurch begegnen kann, daß er den Landarbeitern von vornherein die miserablen Löhne erhöht. Es wäre allerdings, wenn die Landarbeiter das Koalitionsrecht hätten, ihr gutes Recht, gerade dann zu streiken, wenn es ihnen am zweckmäßigsten erscheint. Sie wären ja auch blöde Toren, wenn sie im Winter Lohnforderungen stellten. Aus diesem Grunde suchen sich die Industriellen und Bauarbeiter usw. von jeher selbst die Zeit zu Lohnkämpfen nach ihrem Gutdünken aus und warten nicht den Niedergang der Konjunktur ab, wo sie schließlich die Erlaubnis zum Streiken sofort erhalten könnten. Dem biederen Bauer in Garbelegen kommt aber das, was den Arbeitern durch kein Gesetz verboten werden kann, höchst staatsgefährlich und — sogleich Instinkt besitzt auch er — profitsschädlich vor, und deshalb erklärt er in seinen weiteren Ausführungen das Attentat auf die Landarbeiter für gut und billig und für „eine dringende Notwendigkeit“.

Interessant ist, daß der Artikelschreiber sogar für eine Reform des — Gesinde — „rechts“ eintritt. Allerdings für eine Reform zugunsten der Landwirte! Er schreibt:

„Weiterhin aber muß der Unternehmer auch gegen das unwillige Verlassen des Dienstes geschützt sein, denn hierdurch kann ihm ein Schaden erwachsen, den der Arbeiter jedenfalls niemals mehr gutmachen kann, selbst wenn der landwirtschaftliche Besitzer ein gütliches, obgleiches Urteil ertheilen würde. Wo nichts ist, hat der Kasser sein Recht verloren. Es ist auch eine notorische Tatsache, daß trotz des sehr geringen Mangels an strafrechtlichen Bestimmungen die Landwirte die Hilfe des Zivilgerichts fast gar nicht in Anspruch genommen haben, vornehmlich aus zwei Gründen, einmal weil das Verfahren zu langwierig und zu kostspielig ist, sodann, weil der Arbeiter ja ohnehin doch nicht über pfändbare Gegenstände verfügt. Es ist aber immerhin ein Hauptzweck haben in unserm Gesindegesetz, daß ein schnelles gerichtliches Verfahren ohne großen Kostenaufwand vollständig fehlt, und es ist gewiß, daß eine Verbesserung auf diesem Gebiet, die in der Form eines Ausnahmegesetzes sich geltend machen würde, die Verfolgung des ländlichen Kontraktbruchs vielleicht entbehrlich gemacht hätte. Immerhin sollte man sich mit Rücksicht auf das Gesinde (Wer laßt da — nicht! Neb. d. „B.“) selbst, das doch wohl auch des Bittern in die Lage kommen wird, die Rechtsmittel des Staats in Anspruch nehmen zu müssen, auch eine Beschleunigung und Vereinfachung des zivilgerichtlichen Verfahrens anstreben.“

Es ist bekannt, daß das Gesinde in 990 von 1000 Fällen keine Abmahnung von den gesetzlichen Bestimmungen hat und deshalb auch ebenso oft alles Unrecht stillschweigend erduldet. Trotzdem soll das Verfahren vor dem Zivilgericht abgekürzt werden, damit — wie rührend! — das Gesinde schneller zu seinem Rechte komme. In Wirklichkeit dauert es den Bauern zu lange, ehe sie vom Gericht das Attest für schrankenlose Ausbeutung ihres Gesindes erhalten und deshalb heucheln sie Fürsorge für die Landarbeiter. Das Eingeständnis dieses „praktischen Landwirts“, daß die Arbeiter ja ohnehin nicht über pfändbare Gegenstände verfügen, ist sehr wertvoll für uns und wird uns in der Agitation unter den Landarbeitern gute Dienste erweisen. Es beweist, daß es dem Landarbeiter trotz angestrengter Arbeit nicht möglich ist, soviel zu verdienen, daß er ein gerichtliches Verfahren zu seinem „Rechte“ kämelt.

Agitatorisch wertvoll ist für uns auch der Schluppsatz des „praktischen Landwirts“, der offen zugibt, daß die Junker mit dem Ausschlag ein brutales Ausnahmegesetz wollen, und der also lautet:

„Es handelt sich hier eigentlich doch nicht um die Schaffung eines Ausnahmerechts, sondern um den Schutz der Landwirte, die sich für die Dauer der Erntezeit ihre Arbeiter sichern müssen und die ruinieren werden, wenn in der dringenden Erntezeit erbitterte Lohnkämpfe oder mutwillige Kontraktbrüche vorkämen. Das ist nicht mehr als billig. Die Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebs bedingt auch besondere Schutzmaßnahmen. Der Gesindevertrag war daher eine dringende Notwendigkeit.“

Der „praktische Landwirt“ wird gar bald einsehen müssen, daß seine Verteidigung der Junkermoral sehr unpraktisch war, weil sie für uns wertvoll genug ist, unserm Agitationsmaterial einverleibt zu werden.

**Braunschweig, 12. Juni.** (Die Politik der Arbeiter-Entscheidung nach sächsischem Muster) wird von der Volkzeitung fortgesetzt. Am Dienstag spielte sich nach dem „Volkstempel“ folgender empörender Vorgang in der Mitglieder-versammlung des Bauereverbandes im Gemeindefesthaus ab. Es mochte etwa 10 Minuten nach 11 Uhr sein, da forderte der überwachende Polizeibeamte Schulze 2 den Vorsitzenden auf, nach Aufhören des nun noch sprechenden Redners die Versammlung zu schließen. Als dieser Redner geschlossen hatte und der Vorsitzende im Begriff war, an die Versammelten noch einige Worte zu richten, brach Schulze 2 auf und — löste die Versammlung auf „im Namen des Gesetzes“. Welches Gesetzes, das gab er nicht an, konnte es auch nicht angeben, weil kein braunschweigisches Gesetz den Polizeibeamten zu dieser Auflösung befugt. Der Vorsitzende widersetzte sich dem mit Recht, worauf Schulze 2 die eben schon von ihm aufgelöste Versammlung noch mal's aufzulösen für gut befand. Unser Bruderblatt bemerkt dazu: „Wir brauchen hier nicht zu wiederholen, daß es ein ungeheurer Liebesgriff der Polizei ist, wenn sie den Versammlungsschluß vor der Polizeistunde des Lokals erzwingt. Wir haben dies in unserm Blatt oft festgestellt, und zwar unter den denkbar schärfsten Angriffen auf die Polizei. Wir haben ihr dabei die für Beamte schwersten Beschuldigungen in's Gesicht geschleudert. Die Polizei verhält sich demgegenüber still und wollte sie nicht hören. Damit befähigte sie ungewollt die Ungeheuerlichkeit ihrer Handlungsweise.“

Wie unser Bruderblatt ferner mitteilt, ist infolge dieses Vorgangs die Polizeistunde für das Gemeindefesthaus auf 11 Uhr herabgesetzt worden.

**Burg, 13. Juni.** (Machtwort-Adressen) vom Magistrat abgelehnt. In seiner Sitzung vom Freitag beschäftigte sich der Magistrat mit der Eingabe der hiesigen Ladeninhaber betreffend Einführung des Machtwort-Adressen und kam zu dem Ergebnis, daß — trotzdem mehr als zwei Drittel sämtlicher Ladeninhaber den früheren Adressen beizubehalten — er denselben bei der Regierung nicht beistimmen könne. — Ueber die Gründe, welche den Magistrat zur Ablehnung eines Wunsches der großen Mehrzahl der hiesigen Geschäftsinhaber sowie fast des gesamten kaufmännischen Publikums veranlaßt haben, werden wir wohl schwerlich je etwas erfahren. Dieser waren wir freilich der unmaßgeblichen Meinung, daß die Verwaltung einer Stadt da ist, um auch den Wünschen der großen Mehrzahl der Einwohner — wenn die Gesamtheit nicht darunter leidet — Rechnung zu tragen; aber wir gestehen jetzt gern ein, daß unser beschränkter Untertanenverband die Gründe für das Tun und Lassen einer magistratischen Behörde und Weisheitigkeit zu erfassen außerstande ist. Ober sollte der Magistrat das „Eingekommen“ in der Nummer 133 des „Tageblatt“ sich zur Richtschnur genommen haben, in welchem der Eingabe — augenblicklich ein reaktionärer verordneter Inhaber irgend einer „Kleinhandelsgeschäftshandlung“ — behauptet, daß die Folge der Einführung des „obligatorischen“ Adressen nur ein „Hintertürmchen“ sei, und weiter den Lesern des „Tagebl.“ erzählt, daß man für die Verkürzung der Arbeitszeit der Handelsangestellten nicht notwendig habe eine Länge zu brechen, da bereits gesetzliche Bestimmungen bestehen oder in nächster Zeit erlassen werden, nach denen diese Proletarier hintertürmchen nicht mehr „zu lange“ beschäftigt werden dürfen? (Die Kenntnis von diesen in nächster Zeit erlassenden Bestimmungen für Handelsangestellte ist das privilegierte Eigentum des verordneten Gehirns des Eingekommenen im „Tageblatt.“ D. B.)

Wenn Sozialdemokraten in der Stadiverordnetenversammlung lägen, würde der Magistrat sehr bald gezwungen werden, über die seltsamen Gründe seines Verhaltens Rede und Antwort zu stehen.

**Burg, 13. Juni.** (Unfall.) In der Tischfabrik von Wolf verunglückte der Tischler Just an der Abrihtmaschine dadurch, daß er sich eine Fingerkuppe abholte. Er wurde arbeitete J. an der Maschine weiter. Jedenfalls durch die Schmerzen der Wunde unbeherrschbar, so daß er nach kurzer Zeit mit der vollen Hand in den Hobel messern, so daß ihm das Fleisch in der hohen Hand vollständig weggeschnitten wurde. Wie wir erfahren, soll die Schutzvorrichtung von der Maschine entfernt gewesen sein.

**Halberstadt, 13. Juni.** (Ein Erbschaftsereignis) hat sich am Sonnabend vor dem Landgericht abgepielt.

Der Verhandlung sei folgendes hervorgehoben: Der Bureaucrat August Wille, 83 Jahre alt, und der Musikant Heinrich Ernst, 40 Jahre alt, beide aus Suderode (jetzt in Unterjochinghausen), sind die Angeklagten. Wille ist wegen Verbrechen wider das Eigentum dreimal mit Gefängnis bestraft, während Ernst unbescholten ist. Die Klage lautet bei Wille auf verurteilte schwere Urkundenfälschung und Diebstahl und bei Ernst auf Beihilfe dazu. Wegen Ende des vergangenen Jahres wollte der Bürgermeister Lorenz aus Beverungen (Westfalen) in Suderode zur Kur. Da der 70-jährige Mann zu schwach war, allein seine Arbeiten verrichten zu können, so nahm er den Bureaucrat Wille zu Hilfe und geschickte auch das volle Vertrauen des alten Herrn. Am 10. Februar 1904 verstarb der Wille, und für Wille, welcher sich von allem gut unterrichtet hatte, war die Zeit gekommen, seinen schon längst gefaßten Plan, sich widerrechtlich einen Erbschaftsvorteil zu verschaffen, auszuführen. Er fertigte ein Schreiben an, wonach der Verstorbenen 6000 Mark von seinem Erbsinden ihm vermacht habe und gab dabei Ernst, welchem er 500 Mark versprochen hatte, zum Zeugen an. Ernst konnte dieser Verlockung nicht widerstehen und unterschrieb.

Dieses Schreiben wurde an den Bruder des Verstorbenen, dem Landgerichtsdirektor Lorenz in Osnaabrück, eingehandt und um Beglaubigung gebeten. Der Landgerichtsdirektor merkte naturgemäß sehr bald, daß es sich um zwei Schwindler zu tun hatte und schritt sofort gegen sie ein.

In der Verhandlung wurden beide Angeklagten voll überführt. Die Beweise waren so erdrückend, daß schließlich der Angeklagte Ernst die Tat eingestand.

Dem Angeklagten Wille werden mildere Umstände bemerkt. Das Urteil lautet wegen Diebstahls und verurteilter schwerer Urkundenfälschung auf 2 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Ernst dagegen wird wegen Beihilfe zu beiden Verbrechen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, wozu 1 Monat für erlittene Untersuchungshaft für verbißt betrachtet wird.

**Halberstadt, 13. Juni.** Landgerichtsdirektor Wolsky wurde Sonntag in einer Sitzung in Berlin in den Vorstand der nationalliberalen Partei gewählt.

**Halberstadt, 11. Juni.** (Große Reinigung) nimmt auch der Arbeiter- und Bauereverband „Hörsingverein“ hier selbst vor. Er richtete an den Reichshändler Adolf Winkler einen eingehenden Brief, datiert am 9. Juni 1904, folgenden Wortlaut:

Herrn Adolf Winkler, hier: Da Sie die sozialdemokratische Mitarbeiter am 1. Mai 1904 im Odeum besucht haben, welches Sie in der Vorstandskonferenz selbst gegeben, werden Sie laut Konferenzbeschluss vom 9. Juni 1904 aus dem Verein als Mitglied gestrichen. Wir befehlen Sie auf unser Vereinsstatut § 8 Absatz 3, welches wie folgt lautet: Die Ausschließung von Mitgliedern steht der Vorstand fest. Wegen einer bestimmten Beschäftigung dem Betroffenen die Berufung an die nächste Versammlung binnen 4 Wochen offen. Außerdem auf § 8 Absatz 6 der Satzungen des preussischen Landes-Verbandes steht jedem aus einem Verein ausgeschlossenen Mitgliede die Berufung an den Vorstand des nächsthöheren Verbandes bis zum Vorstände des Landesverbandes zu.

Der Vorstand: J. A. Carl Rothhardt, Schriftführer.

Das Verbrechen, das Inzulast begangen, ist allerdings auch ein sehr schweres, das schwerster Abmahnung bedarf. Es ist nämlich Milchhändler und liefert auch die Milch für das Odeum. Zur Weisheit brachte er 30 Liter, wobei ihn der Wirt des Odeums besaß auftragte, am Abend noch einmal anzufahren, ob noch mehr Milch gebraucht würde. Dies tat Winkler und blieb auch mit seiner Frau eine Weile im Lokal, um etwas zu berechnen, wie das Geschäftslente ja quasi müssen, und sich das Geld anzusehen. Diese Tatsache genügt dem Hörsingverein, um W. zum Sozialdemokraten zu stempeln und den Ausschluß zu vollziehen.

Soffenlich trägt auch dieser Fall wieder dazu bei, daß in die Köpfe aufgellarter Proletarier mehr und mehr die Erkenntnis einzieht, daß sie nicht in Arbeitervereine hineingehören.

**Okerleben, 13. Juni.** (Verhaftete Rinder) m. d. r. l. n. Am Sonnabend wurde die Arbeiterin Hedwig R. a. l. a. aus R. o. n. o. r. i. s. (Anstalt), die verhaftet ist, am 31. Mai oder 1. Juni d. J. ihrer außerehelich geborenen Rind in oder gleich nach der Geburt in Emmingeren vorzüglich gestet zu haben, im hiesigen Kreisgerichts-gang verhaftet und in das Gefängnis abgeführt.

(Aus der Stadt bemerken) Das „Amtsblatt“ teilt mit: „Die Witwe Johanne Gleshoff hier wurde, nachdem sie einer Anweisung des Magistrats zum Verlassen des hiesigen Stadtbezirks keine Folge gegeben, heute nicht Familie im Wege polizeilich an Wangen ausgewiesen. Sie hat Anweisung, sich nach Demgo, woselbst sie ortsgenügend ist, zu begeben.“

**Osterwedel, 13. Juni.** Entlassungen in der Hand (Schuldner etc.) Eine Geschäftsreise macht sich seit einigen Wochen hierorts sehr bemerkbar. Nachdem in den wenigsten Betrieben die Arbeiter volle Beschäftigung haben, ist es in voriger Woche nun auch zu Entlassungen gekommen. Bei der Firma Steinmann u. S. o. n. d. y., Aktiengesellschaft, sind 17 Arbeiter entlassen, und zwar sind von denselben 11 traurigen Schicksal Familienväter mit insgesamt 54 Kindern betroffen. Auch bei Deneke — den Arbeitern erklärt, sie müßten einige Wochen aussetzen. Proletarierlos!

**Schönhäusen a. G., 11. Juni.** (Schülerausstellungen und kein Ende.) Wegen eines körperlichen Leidens hatte ein Sohn eines hiesigen Maurers eines Tages die Schule nicht besuchen können. Dafür wurde er späterhin vom Lehrer Genning derart gequält, daß Herr Dr. W. o. n. t. e. m. a. s. auf Grund eingehender ärztlicher Untersuchung folgendes Attest ausstellen ließ:

Schönhäusen, 9. Juni 1904.

Im Juni d. J. habe ich den etwa 12 Jahre alten Knaben Otto Wagener hier untersucht, weil er von seinem Lehrer in der Schule mißhandelt sei. Ich beschneide hiermit, daß quer über den Rücken mehrere Striemen verlaufen, augenscheinlich von Stockhieben herrührend. Die beiden Gesäßbacken sind infolge von Stockhieben, die sich deutlich abheben, bläulich verfärbt und besonders die rechte Gesäßbacke fassig verdrückt, so daß sie sich wie eine prallgefüllte Gekschwulst anfühlt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Knabe erhebliche Schmerzen hat und infolgedessen nicht schlafen kann, so daß ich den Eltern den Rat gegeben habe, ihn bis zur Abheilung des Gefäßes aus der Schule zurückschieben zu lassen. Ich kann mich des Urteils nicht enthalten, daß eine Bückigung, wie sie dem Knaben zuteil geworden ist, das Bückigungsrecht des Lehrers übersteigt, selbst wenn der Knabe eine erhebliche Strafe verdient hätte.

Obige Bescheinigung habe ich auf Anfordern der Eltern des Knaben nach vollster Ueberzeugung auf Grund meiner Untersuchung abgegeben.

Dr. Guin de Donimars, Arzt.

Wie der Vater unserm Gewährsmann ferner mitteilt, ist es nicht das erste Mal, daß der Lehrer G. Schüler züchtigt. Außerdem rebe der Lehrer den Knaben niemals bei seinem richtigen Namen an, sondern belege ihn mit Spitznamen, wie „Konsumfrühe“, „Konsumdirektor“ etc. (Der Vater des Knaben hat einen Konsumverein mitbegründet und die Schwiegermutter des Lehrers hat eine Kolonialwarenhandlung.) Ferner sei der Lehrer schon wegen Ueberziehung des Bückigungsrechts vom Schöffengericht in Verurteilung verurteilt worden. Da die übrigen Einwohner, deren Kinder ebenfalls dem Erzieher Genning anvertraut sind, Mißtrauen gegen, daß auch ihren Kindern ähnliches geschehen könne, so machen sie hiermit die obere Schulbehörde auf die Erziehungsmethode des Lehrers aufmerksam und fordern baldige Abhilfe.

**Stendal, 13. Juni.** (Wahltag.) Die bürgerliche Wähler haben die Einführung von Witzfragen, die die Strafe des Ver-

Einige Nachrichten aus dem Saube. In Gardelegen macht der Abgeordnete Karl Schilling seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Am 10. d. M. wurde bei Erhängen an der Gasse die Leiche des am 5. d. M. in der Gasse beim Kohnfahren ertrunkenen 13jährigen Sohnes des Rangiermeisters Robert Bendorf in Fernerleben gelandet. In der von Kuppenschen Maschinenfabrik in Gelnau verunglückte der 13jährige Dreherlehrling Webeding; derselbe leistete Hilfe beim Abdrücken einer Welle, wobei er der letzteren zu nahe kam, an der Kleidung gefaßt und mit herumgeschleudert wurde. Er trug einen Bruch des rechten Unterschenkels davon, ferner noch Abschürfungen im Gesicht und Verletzungen am Unterleib. Der Verunglückte wurde dem Krankenhaus zugeführt.

### Gerichts-Zeitung.

**Sandgericht Magdeburg.**  
Sitzung vom 11. Juni 1904.  
Sittlichkeitsvergehen. Der Arbeitssuchende Max Engel hier, geboren 1887, wurde wegen Sittlichkeitsvergehens in zwei Fällen, begangenen gegen Mädchen im Alter von 10 und 5 Jahren, zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

**Diebstahl und Hehlerei.** Die Arbeitssuchenden Karl Vertam und Martin Eggert hier, geboren 1887, haushielten auf den Dörfern mit Messern und Messern und stahlen gelegentlich dabei aus einem Hause zu Eggertsdorf 55 Mark, die sie teilten. Zu Seehausen stahl Vertam aus einer Wohnung 10 Mark und gab Eggert davon 5 Mark ab. Einem Wandergewerbeschein besaß Eggert nicht. Vertam trafen zusätzlich wegen Diebstahls in zwei Fällen 2 Monate Gefängnis, Eggert wegen Diebstahls und Hehlerei 1 Monat Gefängnis und 24 Mark Busse ab. 4 Tage Haft.

**Ein Dieb.** Der Laufbursche Edward Heß aus Schönebeck, geboren 1889, blente auf dem Salzbergwerk zu Neu-Stassfurt bei dem Dr. Eisenbrücker und soll ihm, sowie dem Baumeister Waldau im Jahre 1903 Schilke, Taschentücher, eine Büxennadel, eine goldene Kette und andre Sachen gestohlen haben. Die Verhandlung stellte nur fest, daß der Angeklagte ein weißes Taschentuch gefunden und nicht abgeliefert hatte. Wegen dieser Unterschlagung wurde er zu einem Verweis verurteilt.

### Sandgericht Halberstadt.

Sitzung vom 11. Juni 1904.

Der Geschäftsfreisende Fritz Bratherrig aus Halberstadt wird wegen Urkundenfälschung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Arbeiter Max Schrader und Wilhelm Hude aus Aschersleben haben vorliegend gemeinschaftlich mehrere Diebstähle ausgeführt. Beide Angeklagten sind geständig, wollen aber aus großer Not gehandelt haben. Der Gerichtshof verurteilte Schrader zu 8 und Hude wegen Diebstahls im strafverschärfenden Rückfall zu 8 Monaten Gefängnis.

Am 14. März d. J. wurden in Thale zwei Arbeiter, welche von dem Bahnhof „zur grünen Lanne“ ruhig ihres Weges nach Hause gingen, von mehreren raufwüthigen Burschen überfallen und mit Schlägen und Messern fälschlich mißhandelt. Wegen dieser Straftat sind angeklagt die Arbeiter Hermann Spengler, Karl Träger und Albert Träger, sämtlich aus Thale. Es werden verurteilt Spengler zu 2, Karl Träger zu 3 und Albert Träger zu 6 Monaten Gefängnis.

Angeklagt wegen Diebstahls u. sind die Arbeiter Otto Ströbede, Willi Ueber, Richard Kuhlmann und Max Fütterer, sämtlich aus Quedlinburg. Ströbede wird wegen Diebstahls in drei Fällen und wegen Anklage in zwei Fällen bei 3 Jahren Ehrverlust zu 1 Jahr, Ueber wegen Diebstahls in zwei Fällen zu 3 Wochen, Kuhlmann wegen Diebstahls in vier Fällen zu 1 Monat, und Fütterer wegen Diebstahls in einem Falle zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der viermalig vorbestrafte „Arbeiter“ Ernst Kräger, zurzeit im Arbeitshaus zu Groß-Salze, hat in fünf Fällen sich dadurch der inaktuellen Urkundenfälschung schuldig gemacht, daß er bei Eintragung in die Gefängnisbücher einen falschen Namen angab. Das Urteil lautet auf 3 Monate Gefängnis.

### Militär-Justiz.

„erschwerer“ Fall. Aus Breslau wird uns geschrieben: Der Füsiliers-Regiment vom 11. Grenadier-Regiment in Breslau war zur Vertheilung auf dem Uebungsplatz Neuhammer, am 14. April erhielt er seiner Meinung nach zu wenig Fleisch beim Mittagessen. Er gab das Ethid zurück und verlangte ein größeres, was er auch bekam. Das hörte der die Küche beaufsichtigende Rigefeldwebel Krzewitza vom 51. Infanterie-Regiment. Er rief darauf den Küstler in sein Bureau und soll ihn dort mit dem Kopf an die Wand gestossen, am Galle geküßt, mit Erbsen bedröht und beschimpft haben wie: „Was, dreckiges Schwein, bummer Hund, Krilpel, ich werde Dich ersticken, ich will Dich beschwören lernen!“ u. s. w. 5 Zeugen — Soldaten — wollen den Vorn gehört haben, sie sahen auch den Gemüthlichen mit totem Gesicht, einer Deute am Kopf und einem aufgeplagten Gesicht am Hals aus dem Bureau herauskommen. Der Feldwebel hatte sich bestreuen am Donnerstags vor dem Breslauer Kriegsgericht zu verantworten. Er bestritt alles und erklärte alle Behauptungen der Zeugen für Lügen. Der Vertreter der Anklage erklärte, es sei eine Frechheit des Feldwebels, einfach zu erklären, die Zeugen lügen, denn diese hätten einen Eid geleistet und würden sicher nicht samt und sonders einen Meineid leisten. Er beantragte 14 Tage gefänglichen Arrest. Das Gericht betrachtete den Fall als einen „minder schweren“, es sei eine menschliche Sache, daß einem einmal die Geduld ausgeht und man sich vergißt. Es erkannte daher nur auf neun Tag gefänglichen Arrest. Feldwebel Krzewitza erklärt, trotzdem Bestrafung eingulegen!

Die Ehre des preussischen Unteroffizierskorps. Der stellvertretende Unteroffizier Baumhauer vom Breslauer Bezirkskommando war von der Strafkammer in seiner jetzigen Stellung wegen Unterschlagung von 28 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Nun stand er, wie uns geschrieben wird, vor dem Kriegsgericht, um aus seiner Charge entfernt zu werden. Der Vertreter der Anklage beantragte Degradation, das Gericht erkannte demgemäß, denn „das Unteroffizierskorps des preussischen Heeres müsse tadellos in jeder Hinsicht dastehen“.

### Bereins-Kalender.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Budan. Donnerstag den 16. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Thalia“.

Arbeiter-Gesangverein Budan. Übungsfunde jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im „Thalia“. Dasselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Gr.-Otterleben. Die Fortsetzung der gestrigen Matrosen-Männer-Gesangverein. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsfunde im „Deutschen Kaiser“.

### Briefkasten.

Mehrere Fragesteller. Vor solchem Schwindel kann man sich kaum schützen. Und waren diese Geschäftsmantipulationen auch unbekannt. Im übrigen hätten wir soviel Vertrauen zu unsern Abonnenten, daß wir annehmen, sie würden diese Empfehlung etwas vorsichtiger prüfen.

Ostertwick. Berichte über Stadtverordnetenversammlungen, Versammlungen u. müssen wir sofort, spätestens am folgenden Tage haben, sonst haben sie wenig Wert mehr.

M., Stassfurt. 1. Der überlebende Ehegatte des Erblassers ist neben Verwandten erster Ordnung (Kindern) Erbe zu einem Viertel. § 1931 BGB. 2. Pflichtteil und Indestheil ist nicht dasselbe. Letzteres ist kein juristischer Ausdruck. Im Gesetz heißt es: Kinder erben zu gleichen Theilen. Durch Testament kann kein gesetzlicher Erbe auf den Pflichtteil, d. h. auf die Hälfte seines Erbtheils gesetzt werden.

G., Burg. Während der Zeit des Gottesdienstes dürfen Verkaufsführungen nicht stattfinden. Verkaufsführungen innerhalb eines Vereins bedürfen keiner Anmeldung und Genehmigung, dagegen öffentliche. Ihre erste Frage hat die wichtige Gegenfrage provoziert. Uebrigens nichts für ungut.

E. M. Ja.

Witt. M., Halberstadt. Gegen die Firma können Sie nichts machen, da der Schuldner aus der Forderung ist. Da Sie genügend Pfand haben, so warten Sie noch einige Zeit, ob er begahligen wird. Dann empfiehlt es sich zunächst eine Anfrage an die Firma zu richten, ob sie die Pfänder auslösen will. Bei Verweigerung müssen Sie den Pfänden beim dortigen Amtsgericht verklagen, die Pfänder pfänden und verkaufen lassen.

Mieter in W. 1. Wenn der Mietvertrag nicht ein andres vorsieht, ist das Mietverlophen auf dem Treppentritt u. c. kein Ermittlungsgrund. 2. Nach Miendorf, Mietrecht, Seite 166, kann Vermieter selbst oder durch einen von ihm bestimmten Vertreter den Mietläufigen bei Beschädigung der Wohnung begleiten oder begleiten lassen.

Witt. M., Burg. Solange die Ehe besteht, unterliegen alle Sachen der Verwaltung des Mannes und dieser kann Herausgabe derselben verlangen. Die Frau kann aber einwenden, daß sie einen Grund hat, vom Manne getrennt zu leben (weil er sie verlassen und ihr keinen Unterhalt gewährt hat) und deshalb ihre Sachen behalten darf. Je nach der Sache des Mannes kann die Frau einwenden, daß sie dieselben verkauft hat, um Unterhalt für die Kinder zu kaufen usw.

Karl S. in S. 1. Ja; die Frau soll den Polizeibeamten als Zeugen dafür angeben, daß sie Kleidung erstatet hat. 2. Nein; auch wenn nichts als Rossigänger. 3. Gegen die Verweigerung des Vermögensbesitzer beim Landrat und Regierungspräsidenten. 4. Zwecklos; er mag die Steuern nachträglich anbieten. 5. Nein, aber ein neues Gesetz, wenn es der Bürgermeister befristet, was er ja sehr gut tun kann, um den „Standal“ durch die Beschuldigung aus der Welt zu schaffen.

Obendorf. Führen Sie Beschwerde beim Landrat und beantragen Sie 80 Pfennig für die Frau und 20 Pfennig für jedes Kind.

Wahlkreis Calbe-Mecklenburg. Bei der Kreiswahl sind im Mai eingegangen von Calbe 30,00 Mark, von Borne (roter Polterabend) 250 Mark, vom Volksverein 200,00 Mark.

Stassfurt, den 1. Juni 1904. Wigorowski.

### Marktberichte.

Magdeburg, 11. Juni. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verließen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer, gut 167—170, mittel 162—165, gering bis 140, do. Kolben, Sommers, gut 173—176, do. Rauhgut 163—166, do. ausländischer gut 173—180. Roggen inländischer gut 130—132, mittel 127—129, gering bis 120. Beste hiesige Gehalters gut —, mittel —, ausländische Futtergerste gut 102—106. Hafer inländischer, gut 124—127, mittel 119 bis 120, gering bis 110. Mais runder gut 113—115, amerikanischer bunter gut 117—120. Erbsen, hiesige Viktoria, gut 170—180, mittel 155—165, do. grüne Folger gut 175—180, mittel 160—170.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—20,00 Speisebohnen (weiße) 18,00—33,00. Binsen 22,00—34,00. Kartoffeln 5,50—7,50. Richtigroh 3,60—4,30. Krummroh 2,50 bis 3,20. Feu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1,00—1,10, von der Keule 1,40—1,60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,20—1,40, Kalbfleisch 1,30—1,40, Hammelfleisch 1,20—1,40. Speck (geräucherter) 1,40—1,60. Eibutter 2,20—2,60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,80—3,40.

### Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.	
Ort	Wasserstand
Harduth	10. Juni - 0,08
Brandels	- 0,12
Melmit	- 0,34
Selmeritz	- 0,28
Auffig	11. + 0,07
Dresden	- 1,47
Lorgan	+ 0,59
Wittenberg	+ 1,46
Hoblan	+ 0,59
Bachy	+ 1,16
Schönebeck	+ 0,99
Magdeburg	12. + 1,02
Tangermünde	11. + 1,91
Langensalza	+ 1,59
Broda-Donitz	+ 1,10
Bauenburg	+ 1,10
11. Juni	+ 0,19
	- 0,20
	- 0,41
	- 0,34
	- 0,10
	- 1,50
	+ 0,52
	-
	+ 0,77
	+ 1,06
	-
	+ 0,96
	+ 1,76
	-
	+ 1,05
	+ 1,05

3226

# Altbewährt sind: MAGGI'S Suppen- u. Speisen-Würze.

Sie macht augenblicklich schwache Suppen, Saucen, Gemüse usw. gut und kräftig im Geschmack. In haben in Originalpackungen schon von 35 Pf. an, nachgefüllt für 25 Pf.

# MAGGI'S Bouillon-Kapseln.

1 Tasse vorzüglicher Fleischbrühe 5 Pf. | 1 Tasse extra kräftige Kraftbrühe 7 1/2 Pf.

3 Portionen in Kapseln zu 10 bezw. 15 Pf.

Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Würze und MAGGI'S Bouillon-Kapseln.

## Restaurant

schön, Gemüthlich, Stabt, außerhalb des Stadtgebietes. 720 RM. Umf. d. Jahr ca. 120 Tonn. nur in Schmitz-Verkauf, monatlich ca. 800 Pf. andere Getränke, viel Kaffee, weil sich gegenüber eine Saubere-Kolonie befindet. Vorbereitung für Inventur 2300 RM. Preisunterstützung. Offerten unter N. H. 3656 a. d. Exp. d. Boisa.

## Schuhwaren!

Billig! Billig! Herren- u. Damenstiefel, Stiefel, Letzen, Turn-, Strand-, Kinder-, Schuhe, Pantoffeln, auch aus Konturmassen stamm. Waren nur Neustadt, Schmidt-Schmidt, str. 44.

## Mähmaschine

gut nützlich, für 15 Mark zu verkaufen. Bahnhofsstr. 54, pt. 1.

## Während des Umbaues

der durch Brand beschädigten Schaufenster kann ich keine Waren auslegen und verkaufe daher in dieser Woche fast alle Waren mit ganz bedeutender Preisermäßigung. 3617

Spezial empfehle unter Preis: Korsetts, Handschuhe, sämtliche Wäsche, Strümpfe, Krawatten, Schürzen, Weiss- und Tapiserie-Waren, Stickerel, Spachtel- und Valenciennes-Spitzen etc.

## Elegante Damenhüte

zu jedem annehmbaren Preis!

## Alfred Sengebusch, Sudenburg

## Das größte Hausbackenbrot

(Schwarz- u. Weißbrot) empfiehlt die Bäckerei von **Ottomar Klocke**, Kleine Klosterstraße 17. 1424

Zwei Staar-Hähne zu verkaufen. Kl. Schulstraße 12 bei Hörstel.

## Wer bei Kaphengst kauft spart Geld!

## Enorme Auswahl

3513 in Woll-, Wasch- und Kleiderstoffen **Otto Kaphengst** Sudenb., Halberstädterstr. 106a

## Ständesamt.

Magdeburg, 11. Juni. Aufgebote: Fachlehrer **Willy Bauer** in Kassel mit **Era Stolz** hier. Landchaftsgärtner **Fritz Max Kurt Englisch** mit **Helene Marianne Geipel** in Berlin. Hilfsarb. **Amo Fritz Adolf Bemannig** mit **Maria Elisabeth Kroll** in Effen. Herrenkleiderm. **Josef Rymid** mit **Antonie Berner**. Tischlermeister **Karl Riepland** mit **Elisabeth Riepland**.

Geschlichtungen: Bureaubeamter **Karl Uede** mit **Elisabeth Kaiser**. Kaufm. **Korresp. Aug. Wähli** mit **Margarete Hoff**. Berthl. **Beamt. Friedr. Wärtens** mit **Marie Wähler**. Fleischer **Karl Nichtenfeld** mit **Julie Schulz**. Fabrikarbeiter **Otto Döring** mit **Martha Wolff**. Fabrikarb. **Otto Knopf** mit **Emma Claus**. Tischler **Willy Reichert** mit **Anna Lorber**.

Geburten: **Ella**, T. des Arb. **Guß. Heurtaun**. **Martha**, T. des Schriftstellers **Willy Brundert**. **Carie**, T. des **Paders Christian Stepputat**. **Martha**, T. des Arb. **Paul Hellung**. **Heinrich**, S. des **Rollerfabrikiers Ernst Albrecht Hans**, S. des Arb. **Albert Koffe**.

Todesfälle: **Franz Plastuda**, Schulpf.-Sch. aus **Thendorf**, 52 J. **Sejanus** geb. **Hirtz**, des Arbeiters **Karl Schubert**.

## Städtisches Orchester

## Fichtlers Konzerthaus

Mittwoch den 15. Juni 1904 abends 8 Uhr

## Grosses Volkskonzert

Leitung: Kapellmeister **Rudolph Fischer**. Eintrittskarten im Vorverkauf 20 Pf. an der Kasse 30 Pf.

Ehefrau d. Privatm. **Aug. Kündling**, 66 J. 4. M. 6. T. Witwe **Friederike Schröder** geb. **Weiße**, 56 J. 7. M. 19. T.

Totgeburt: **T. unehelich**. T. des Arb. **Aug. Gollata**. S. des Barbiers **Paul Lehmann**.

Sudenburg, 11. Juni. Aufgebote: **Eisenb.-Schaffner Friedr. Christoph Herm. Faejede** mit **Martha Luise Magdalene Heinrichs**. Geschlichtung: Arb. **Max Gafch** mit **Agnes Ulrich**.

Geburten: **Walter**, S. des **Postschaffn. Wihl. Hier**. **Franz**, S. des **Kaufm. Franz Korte**.

Todesfälle: **Fraba**, T. des Arbeiters **Karl Bied**, 11 M. 5. T. **Maurer Ferd. Scheller**, 57 J. 7. M. 24. T. **Witwe Rahne Sophie** geb. **Herwig**, 63 J. 2. M. 18. T.

Budan, 10. Juni. Geburt: **Hildegard**, T. des **Gelögekers August Bredow**.

Todesfälle: Ehefrau des **Notenverwalters Jul. Hoebel**, **Karoline** geb. **Jänide**, 48 J. 4. M. 29. T.

Nom 11. Juni. Geschlichtung: **Ingenieur Oswald Sengenberger** in Halle a. S. mit **Julianne Quenell** hier.

Neustadt, 11. Juni. Aufgebote: **Ingenieur Karl Aufstuf** mit **Anna Ottilie Meyendorf**. Geschlichtung: **Brauer Joh. Krämer** mit **Martha Muschter**.

Geburten: **Ottolar**, S. des **Handschuhmachers Gottfr. Stranz**. **Margarete**, T. des **Schlossers Otto Ergleben**. **Walter**, S. des **Sattlers Friedrich David**. **Emmi**, T. des **Schlossers Otto Frey**. **Anna**, T. des Arbeiters **Karl Schubert**.

Todesfälle: **Dom.-Rentmstr. a. D. Heinrich Boigt**, 66 J. 3. M. 28. T. **Ruife**, T. des Arbeiters **Albert Kater**, 1 J. 3. M. 15. T. **Witwe Henriette Schwarzlose** geb. **Schleef**, 67 J. 11. M. 14. T. **Burg**, 11. Juni.

Aufgebote: **Schuhmacher Herm. Franz** mit **Anna Luise Gernert**.

Geschlichtungen: **Kaufm. Friedrich Wilhelm Karl Hecht** mit **Karoline Wilhelmine Marie Klein** geb. **Rüten**. **Tischler Paul Walter** mit **Emma Kreschau**. Geburt: **S. des Dachdeckereibesitzers Willi Matthes**.

Schönebeck. Aufgebote: **Sergeant Paul Geher** in Halberstadt mit **Anna Wosch** hier. **Fabrikarbeiter Bernh. Ruch** mit **Else Herzog** hier.

Geburt: **Wilhelm**, S. des **Schuhmachers Otto Schneider**.

Todesfälle: **Arbeiter Karl Hoffmann**, 54 J. **Fritz**, S. des **Werkmeisters Ernst Genschel**, 23 J. **Mischerleben**.

Geschlichtung: **Kellner Gustav Oswald** mit **Anna Rahemann**. Geburt: **T. des Fuhrmanns Wilhelm Sasse**.

Todesfälle: **Karl**, S. des **Arbeitsers Hermann Dräger**, 11 M. 13. T. **Walter**, S. des **Brauereis Oskar Graef**, 7 J. 6. M. **Stassfurt**.

Aufgebote: **Lehrer Gustav Unger** hier mit **Martha Pfannschmidt** in Helbra.

Geburten: **S. des Bergarbeiters Stephan Lesny**. **T. unehelich**. **Todesfall: Bergarbeit. Friedrich Krone**, 41 J.

# Lange & Münzer

51a Breitweg 51a

## Die Woche

unerreichte  
Sonder-Preise

soweit der Vorrat reicht.

Damenhüte	garniert, mit Seidenstofflagen und Federn . . . . .	75 Pf.
Damenhüte	garniert, mit Seidenstofflagen . . . . .	1.25 Mtl.
Damenhüte	garniert, mit Seidenstofflagen, Spitzen- und Rosengarnitur . . . . .	1.75 Mtl.
Damenhüte	garniert, mit Seidenstofflagen, Blumen und Federn . . . . .	2.50 Mtl.
Damenhüte	ungarniert . . . . . Wert bis 4.00	10 Pf.
Damenhüte	ungarniert . . . . . Wert bis 7.50	25 Pf.
Damenhüte	in modernsten Capeline-Formen . . . . .	50 Pf.
Damenhüte	aparte Formen, in feinsten Farben . . . . .	75 Pf.
Damenhüte	Panamaform, mit Bandgarnitur . . . . .	25 Pf.
Damenhüte	Matrosen-, Bolero- und Bretonne-Formen, garniert Wert bis 2.65	50 Pf.
Damenhüte	eleganteste und neueste Torpedo-, Bretonne- und Brett-Formen für die Hälfte des Preises.	
Kinderhüte		75 50 25 Pf. usw.

## Herrenhüte

Schwarzes Stiefelhüte	2farbig, 57-59 cm	45 Pf.
do. weiß, in all. Größen		90 Pf.
Matrosenhüte, naturfarbig		30 Pf.
Fassonhüte	jezt 100 75 und	50 Pf.

## Knabenhüte

Matrosenform, naturfarbig	60 und	25 Pf.
Matrosenform, 4fachen Rand	jezt	85 Pf.

## Wash-Südwestler

	115 95 65 45 und	25 Pf.
--	------------------	--------

## Weißer Tellerküchen

	25 und	10 Pf.
--	--------	--------

## Schirmküchen

dunkelblau		25 Pf.
------------	--	--------

## Strohküchen

weiß und bunt	50 und	25 Pf.
---------------	--------	--------

## Batist-Helgoländer

	110 95 75 55 und	42 Pf.
--	------------------	--------

## Spachtelkragen

eleganteste, neueste Genres (Erbte) für die Hälfte des Preises.

## Schweizer Stidereien

auf Mull, Batist und Madapolame für die Hälfte des Preises.

Elegante garnierte Hüte und Modellhüte besonders billig.

Nicht aufgeführte Genres zu sehr billigen Preisen.

Geflöppelte Bett-Ecken . . . 85 Pf.

Schweizer Batist-Caschentücher 50 Pf.  
Wert bis 1.75 Mtl.

Chiffon 105 cm breit, in verschiedenen Farben . . . . . 55 Pf.

Krawattenbänder einfarbig und gemustert 55 15 25 15 und 10 Pf.

Japan-Seide 60 cm breit, in ca. 200 Farben vorrätig . . . . . 1.10 und 85 Pf.

Ein Posten Wasch-Stoffe für Blusen bedeutend unter Preis.

Veilchen per Pack = 12 Duzend für 30 Pf.

Seidenmohn per Pack = 1 Duzend für 35 Pf.

Marguerittes per Pack = 1 Duzend für 15 Pf.

Echte Straussenfedern weiß und schwarz ca. 38-40 cm lang . . . 1.25 Mtl.

# Warenhaus Gebr. Barasch

## SAISON - VERKAUF

von Montag den 13. Juni

bis Montag den 20. Juni

zu Aufsehen erregenden Preisen

Montag - Dienstag - Mittwoch - Donnerstag

### ca. 4000 Stück Damen-Hutformen

nur neue Fassons, in allen modernen Farben, Wert bis 4 Mk. per Stück, jetzt

Serie I	Serie II	Serie III
10 und 20 Pf.	45 Pf.	65 Pf.

Ein Posten  
einfarbiger **Liberti-Bänder**  
ca. 11 cm breit, prima Qualitäten  
jetzt Meter 75 Pf., 65 Pf. **45 Pf.**

Ein Posten  
einfarbiger **Taffet-Bänder**  
ca. 11 cm breit jetzt Meter 75 Pf. und **50 Pf.**

ca. 2000 Meter  
gemusterte **Krawatten- und  
Hutbänder**  
jetzt Meter 95 Pf., 75 Pf., 35 Pf., 15 Pf. **10 Pf.**

Ein Posten  
**Liberti-Bänder** in schönem Farben-  
fortiment, ca. 10 cm breit **18 Pf.**

Ein Posten  
**Loulsin-Bänder** in schönem Farben-  
fortiment, ca. 12 cm breit, reine Seide **35 Pf.**

### ca. 200 Stück garnierte Damenhüte

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Wert bis 2.95 jedes Stück <b>1.25</b>	Wert bis 5.95 jedes Stück <b>2.50</b>	Wert bis 9.85 jedes Stück <b>4.50</b>	Wert bis 34.00 jedes Stück <b>8.75</b>

Ein Posten  
**Blumenranken** sonst 1.25—4.35  
jetzt 2.25, 1.50, 1.25 und **50 Pf.**

Ein Posten  
**Gebundene Blumen** sonst 19 Pf.  
bis 1.55 jetzt 95, 75, 50, 35, 25, 15 **10 Pf.**

Ein Posten  
**Damen-Sonnenschirme** Halbfelbe  
Chinonmuster, eleg. Stoffortiment, jetzt St. **2.95**

Ein Posten  
**Damen-Sonnenschirme**  
Wachstoff, Krepon jedes Stück **1.95**  
ca. 250 Stück

Ein Posten  
**Damen-Sonnenschirme** einfarbig  
u. gemustert jetzt Stück 3.75, 2.25, 1.50 u. **75 Pf.**  
ca. 350 Stück

Ein Posten  
**Kinder-Sonnenschirme**  
jetzt 2.75, 65, 39 **15 Pf.**

Ein Posten  
**Waschtellermützen** Wert bis 1.48  
jetzt durchweg Stück **10 Pf.**

Ein Posten  
**Kinder-Hauben** Batist u. Seide, durch  
Dekoration etwas an-  
geschmückt Wert 1.75—5.25, jetzt durchweg **95 Pf.**

Ein Posten  
**Kinder-Hauben** Rajdmit  
sonst 68 Pf. bis 4.85  
jetzt 3.50, 1.50, 1.25 Mk., 95, 75 **50 Pf.**

Ein Posten  
**Kinder-Hauben** Gelgoländer  
sonst 78 Pf. bis 4.25  
jetzt 2.75, 1.95, 1.25 Mk., 95 **45 Pf.**

ca. 200 Stück  
**Kinder-Hauben** Batist  
sonst 68 Pf. bis 2.65  
jetzt 1.75, 1.25 Mk., 95, 50 **45 Pf.**

Ein Posten  
**Kinder-Hüte** Stiderei und Seide  
sonst 1.48 bis 6.50  
jetzt 2.75, 1.75 **95 Pf.**

ca. 150 Stück  
**Knaben-Baretts** Wert 0.45 bis 4.75  
jetzt 2.50, 1.75, 1.25 Mk., 75, 50 **25 Pf.**

Während des Saison-Verkaufs

Im Sommergarten  
Eine Portion Eis mit Waffeln **8 Pf.**

Im Erfrischungsraum  
Eine Tasse Kaffee mit Gebäck **10 Pf.**

Nur soweit Vorrat